

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig  
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. U.-G.  
Berlin S. 14. — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Fildestraße 10  
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste  
Schriftföhrer ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

### In zwölfter Stunde

Der Streit um die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ist in sein letztes Stadium gekommen. Am 30. September wird der Reichstag für ein paar Tage zusammenreten, um neben anderen Dingen über die eben genannte „Reform“ endgültig zu entscheiden. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, ist noch völlig ungewiss. Die vielwöchigen Verhandlungen in allen möglichen Sitzungen haben keine Klärung gebracht. Die Gegenseite sind nach wie vor so scharf wie nur je. Alle drei Gewerkschaftsrichtungen sind darin vollständig einig, daß jeder Abbau der Erwerbslosenunterstützung entschieden abzulehnen ist.

Eine Kürzung der ohnehin zu geringen Unterstützungssätze der Erwerbslosen bringt keine Verminderung der öffentlichen Ausgaben, sondern nur eine Verschiebung der Ausgaben von der Reichskasse auf die Gemeinden. Zum andern verursacht eine Verminderung des selbst dürftigen Einkommens von Hunderttausenden eine Verminderung der Kaufkraft, was sich in weitere Arbeitslosigkeit auswirkt. Ferner sind die Gewerkschaften der Meinung, daß, wenn eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit wie im letzten Winter wieder eintreten sollte, die Allgemeinheit mit zur Unterstützung der Erwerbslosen beigezogen werden muß, wie es ja bei jeder Katastrophe geschieht. Und schließlich meinen die Gewerkschaften, daß es dem Unternehmertum, das die Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung mit wahrhaftiger Bersekerheit betreibt, gar nicht, wie es seine Kasse behauptet, um die Entlastung der Reichskasse zu tun ist, sondern um die Ausschöpfung und schließlich Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung. Von dieser Beseitigung erhoffen die Unternehmer eine leichtere Möglichkeit, die Löhne ganz allgemein zu drücken.

Wie gesagt, in der Abwehr jeder Verschlechterung sind sich alle drei Gewerkschaftsrichtungen einig, also mit der sozialistischen auch die christliche und die kirchlich-demokratische. Wie verhalten sich nun aber die Parteien der zwei letzten Richtungen, das Zentrum und die demokratische Partei? Die Demokraten wollen große Ersparnisse an den Arbeitslosen machen durch Verlängerung der Amtsdauer für den Genieß der Unterstützung und durch Ausdehnung der Wartezeit für die Saisonarbeiter. Das Zentrum will Saisonarbeiter mit den anderen Versicherern die Unterstützungsbezüge kürzen, soweit die Arbeitslosen weniger als 52 Wochen in Arbeit standen. Das Zentrum besteht darauf, daß häufig Arbeitslose nur noch unter einer feinen Beiträgen entsprechenden Lohnklasse unterstützt werden.

Diese beiden Parteien kommen also dem sozialreaktionären Unternehmertum ziemlich weit entgegen; sie wollen also den armen Teufeln von Beschäftigungslosen noch ein Stück ihres großen trockenen Brotes nehmen, um das Ausbeutertum wenigstens teilweise zufrieden zu stellen. Was Wunder, daß die Stimmung unter den Arbeitern, die noch im bürgerlichen Parteipferd herumirren, keine rosige ist. Unter diesen Umständen muß man dringend wünschen, daß die Abstimmung im Reichstag eine namentliche ist. Auf diese Weise bekommt man einen sichern Beweis für die soziale Gesinnung der Abgeordneten. Wenn sie dann wieder als Volkvertreter präsenziert werden, kann einem jeden, der an dem Faustschlag auf den Magen der erwerbslosen Proletarier beteiligt gewesen ist, das gebührende Entgelt mit der proletarischen Stiefelsohle verabreicht werden. Die Volkspartei und die Deutschen Nationalen, die beide von den parlamentarischen Agenten des Großkapitals gebildet sind, bemühen sich ihrerseits tatkräftig, die Wünsche des Unternehmertums vollständig zu erfüllen. Wenn es nach diesen beiden Parteien ginge, hätte die letzte Stunde der Erwerbslosenversicherung geschlagen.

Die politische Vertretung der freien Gewerkschaften, die sozialdemokratische Fraktion, hat sich am 20. September abermals mit den Abbaubereitungen der bürgerlichen Parteien beschäftigt. Aber ihre Haltung bei dem demnachstigen Entscheidungskampf gibt die folgende Entschiedenheit Art und Weise:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht in den sachlichen Erhebungen und Feststellungen des Sachverständigen-Ausschusses für Arbeitslosenversicherung eine Bestätigung ihrer wiederholt bekundeten Auffassung, wonach die Beseitigung der nachweisbar bestehenden Mißbräuche und eine beschränkte Beitragserhöhung in Verbindung mit einer sozialen Neuordnung der Saisonarbeiter-Unterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermöglicht, ohne daß eine allgemeine, sozialpolitisch unerträgliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen vorgenommen wird. Sie stimmt deshalb den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages soweit zu, als sie diesen Rahmen einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht überschreiten.“

Die Fraktion begrüßt aber gleichzeitig den beharrlichen und geschlossenen Widerstand, den Partei und Gewerkschaften in wochenlangem zähen Ringen gegen alle weitergehenden Selektionsänderungen und Abbaupläne geleistet haben. Ohne die allgemeine politische Bedeutung irgendwie zu verkenner, die sich aus einer weiteren politischen Zustimmung im Kampf um die Arbeitslosenversicherung ergeben kann, verlangt die Fraktion, daß auch weiterhin bei den bisherigen Verhandlungen von den sozialdemokratischen Unterhändlern gegebene Rahmen beibehalten wird, da die Sozialdemokratie nur innerhalb dieser Grenzen eine Mitverantwortung für die Reform der Arbeitslosenversicherung zu tragen bereit ist. Obwohl die Sozialdemokratie die Notwendigkeit anerkennt, die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln zu sanieren, hält sie doch daran fest, daß der notwendige Zuschuß der Lage des Arbeitsmarktes das Reich die Pflicht zur Leistung von Zuschüssen hat. Sie lehnt es entschieden ab, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erzwungen werden.“

Wenn wir diese Entschiedenheit richtig deuten, dann besagt sie, daß die sozialdemokratische Fraktion wohl zur Beseitigung

offentlicher Mißbräuche und zur Erhöhung der Beiträge um  $\frac{1}{2}$  bis bereit ist, aber jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, insbesondere der Unterstützung entschieden ablehnt. Das halten wir für ganz selbstverständlich; um etwas anderes als um eine entschiedene Ablehnung jedweder Verschlechterung kann und darf es sich für die sozialdemokratische Fraktion unter keinen Umständen handeln. Und daran sollte auch jene „allgemeine politische Bedeutung“ nicht das geringste ändern, von der der zweite Satz im zweiten Absatz der Entschiedenheit spricht. Denn diese „allgemeine politische Bedeutung“ haben, so möchten wir meinen, eher jene Parteien und

Seite zu erwägen, die diese Gewalttat auf die Armut eingeleitet haben und vollenden wollen.

In zwölfter Stunde sei wiederholt, was wir hier schon mehrmals betont haben: bei dieser „Reform“ darf es keine Schwäche, keine Konzession an die Sozialreaktionäre geben. Das erwartet die gesamte Arbeitererschaft von der sozialdemokratischen Fraktion. Da die christlichen und die kirchlich-demokratischen in dieser lebenswichtigen Sache von ihren Parteien schnöde im Stich gelassen werden, so ist auch dieser Arbeiterhoffnungsträgerin die sozialdemokratische Partei geboren. Wie diese Arbeiter, so erwarten natürlich auch die sozialistischen, daß sich ihre parlamentarische Vertretung einmal mehr als die unbedingte Vertretin der Arbeitererschaft erweist.

Das ist ja eigentlich eine platte Selbstverständlichkeit. Aber wir glauben es doch noch einmal betonen zu müssen.

### Schwerindustrielle Patrioten

Unsern guten Bürger ist dieser Lage sein treudeutsches Gemüt arg verhängelt worden. Die Inannehmlichkeit hat er Verlautbarungen der Nationalliberalen Korrespondenz zu verdanken. Dieses Blatt der Schwerindustriellen Volkspartei hat aus noch nicht ganz durchsichtigen Beweggründen seinen Artgenossen im deutsch-nationalen Lager, allesamt wadere Urgermanen, das verhüllende Varnell von Brust und Bauch gezogen. Und nun, wo die deutsch-nationalen Teutonen feierlich dastehen, muß der gute Bürger und Bewunderer der nationalen Ehrenretter entsetzt sein, daß ihre so laut betonte vaterländische Gesinnung und ihr nationaler Mannesstolz nichts sind als Austauschware in Geschäften mit dem „Erbsfeind“.

Man vergegenwärtige sich: Der deutsche Außenminister hat sich die letzten Jahre in Genf, Locarno, Paris und zuletzt im Haag nachdrücklich um eine Verständigung mit den Siegermächten bemüht. Gegen jede dieser Bemühungen haben sich die Deutschnationalen in den schärfsten Tönen gewendet. Die Locarno-Politik, den Dawes-Plan, den Young-Plan und alle ähnlichen Vereinbarungen haben sie mit Gift und Galle belagert. Anstelle der Verständigung mit den Siegermächten haben sie die Anfristung des deutschen Volkess, den schärfsten Widerstand gegen die „Verfläuter“ des deutschen Volkes, die Vereinnahmung für den großen Tag der Abrechnung gepredigt.

Nun aber erfährt der gute deutsche Bürger, daß die nationale Gesinnung der deutsch-nationalen Vaterlandsretter nicht ganz so hoch ist; daß die nämlichen Leute, die dem „Erbsfeind“ ewigen Haß schwören, mit ihm an stillem Orte freundschaftlich verhandeln. Daß sie ausgerechnet zu der Zeit, wo sie die amtliche Verständigungspolitik mit Klauen und Nähen bekämpften, sich mit französischen Nationalisten zusammenfinden, um mit ihnen treubrüberliche Verständigung zu suchen. Den Kern der gesuchten Verständigung bildet die Interessenverflechtung der deutschen und der französischen Schwerindustrie, dann und besonders ein Militärbündnis mit Frankreich gegen ein drittes Land, das nur Sowjetrußland sein kann. Das Militärbündnis soll aus dem Verhältnis 5 zu 3 bestehen, das heißt, wenn die französische Armee 500 000 Mann zählt, sollte die deutsche 800 000 Mann zählen, und beide Armeen sollen einem deutsch-französischen Oberkommando unterstehen mit dem Rechte, beide Armeen zu kontrollieren und im Kriegsfall zu führen.

Ist das nicht lieblich — ein Militärbündnis mit dem in die tiefsten Schätze der Hölle verbannten Urheber des Schmachtfriedens! Darüber ist das deutsche Bürgertum füglich ganz entsetzt. Das Entsetzen kündigt sich in diesen Überschriften der bürgerlichen Presse an. Sie fragt erstaunt, wie denn Reivalente sich erdreisten können, ohne jede Bevollmächtigung mit einer andern Macht oder

fremden Leuten über hochpolitische Dinge zu verhandeln und über das deutsche Heer so zu verfügen, als ob sie, die deutsch-nationalen Unterhändler, der Staat selbst wären.

Wir müssen gestehen, daß wir diese Entrüstung nicht recht verständlich finden. Dieser deutsch-nationale Kreis hat doch nur seine alte Gewohnheit weitergepflegt. Er fühlte sich im wilhelminischen Staat als die Herrschaft und hat sich in der „demokratischen Republik“ gleichfalls immer so aufgeführt, ohne daß ihm jemals ein Dämpfer aufgesetzt worden wäre. Wegen dieser Sippe wurde der Weltkrieg verlängert, damit sie französisches Land und Erbsätze bekommen konnte, um ihretwillen kam es zum Ruhrkrieg, damit sie ihre Berke und Schätze auf Regimentsunlosen ausbauen lassen und 716 Millionen einsparen konnten. Warum sollte sie denn nun nicht auch über die Vorbereitung zu einem neuen Kriege unterhandeln? Die Vorbereitung, das heißt die Erhöhung der deutschen Heeresstärke von 100 000 auf 800 000 Mann bringt doch herrlich viel Bestellungen an Flinten, Kanonen, Flugzeugen, Östgas und Gasmaske! Und wenn dieses Milliardengeschäftes getätigt ist, wird sich leicht das noch viel goldigere Geschäftchen der Kriegsbreden lassen.

Zug zum Kreis der deutsch-nationalen Germanen, die inoffiziell mit französischen Chauvinisten unterhandeln, wird von der Tagespresse ein alter Bekannter der Metallarbeiter herbeigeholt, nämlich Herr Rönne in Dortmund. Es ist dies ein sehr vielseitiger Geschäftsmann. Er ist deutsch-nationaler Gesellschafter, dann königlich-hungarischer Konsul und obenrein noch Fabrikant für Eisenkonstruktion. Doch die Haupttätigkeit dieses vielbeschäftigten Mannes liegt auf dem Gebiete der Scharfmacherie. Wenn es irgendwie gegen die Arbeiter geht, bläst er die hellendste Trompete. Mit anderen Worten, Herr Rönne in Dortmund ist schwerindustrieller Patriot.

Dieser schwerindustrielle Patriot war in Paris, um dem „Erbsfeind“ ein Bündnis anzutragen — vor ihm waren schwerindustrielle Patrioten bei dem Erbsfeind in Düsseldorf, um ihn zu einem Bündnis gegen deutsche Arbeiter zu bewegen. Danach hat Herr Rönne nur nachgemacht, was seinesgleichen vorgebracht haben. Und wie jene schwerindustriellen Patrioten, die einst mit dem französischen General Degoutte verhandelten, noch heute als Retter des deutschen Volkes gelten, so dürfte auch Herr Rönne sich weiterhin des gleichen Rufes erfreuen. Bald wird er womöglich gar als Sachverständiger in nationalen Dingen berufen werden. Und die nämliche Presse, die ihn heute mit schmalziger Entrüstung behenkt, wird ihn dann als ehlen Patrioten und unbereingennomenen Sachwalter der deutschen Belange preisen. Das läßt uns die Müdigkeit des deutschen Bürgertums und seiner Presse voraussetzen.

### Für eine vollkommenere Gewerkschafts-Internationale

#### Die Zerklüftung in der Gewerkschaftswelt

Von Felix Kummer

Es gibt in der Welt über 46 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Sie sind auf 62 Länder, auf die industriell und politisch wichtigsten Staaten verteilt. Es ist keine Bewegung zu sehen, die sich an Ausbreitung, Einflußmöglichkeit, Daseinsberechtigung und wirtschaftlicher Unentbehrlichkeit ihrer Anhänger mit der Gewerkschaftsbewegung messen kann. Sie bringt den beruflich geschuldeten und vorwärts drängenden Volksteil eines jeden Landes. Ihre Mitglieder kommen regelmäßig zusammen, beschäftigen sich fortdauernd mit den wirtschaftlichen und öffentlichen Angelegenheiten, verfügen über einen zum Teil sehr guten Verwaltungsapparat und besitzen eine weitverbreitete Presse, womit sie ihre Forderungen vertreten und die öffentliche Meinung beeinflussen können. In der Gewerkschaftsbewegung sind somit wesentliche Vorbedingungen dafür erfüllt, den Geist wie das Tun der Menschheit in neue Bahnen zu drängen und den Aufstieg der arbeitenden Volksschichten tatkräftig zu fördern.

Dies geschieht denn auch in erfreulicher Weise, jedoch in geringerem Maße, als es wünschenswert ist. Diese belagerten Lasten entspringt verschiedenen Ursachen, unter denen die organisatorische Zerklüftung wie die geistige oder gewerkschaftspolitische Gegenläufigkeit zu oberst stehen.

Die 46 Millionen Gewerkschafter sind in verschiedene Richtungen gefondert, in eine freigewerkschaftliche, eine kommunistische, eine konfessionelle und Gott weiß was sonst noch für eine. Die Richtungen bemühen sich — bis auf eine — nicht etwa das ihnen allen Gemeinsame hervorzuheben, sondern das sie Trennende nachdrücklich zu betonen. Was nichts anderes

heißt, als sich als Sekte offenbaren und sich als Sekte erhalten wollen. Und die Betonung des Trennenden scheint von mancher Richtung als ihr einziger Daseinszweck angesehen zu werden. Hierfür wird eine Unmenge Kraft und Zeit vergeudet, die einer besseren Sache würdig wäre.

Die stärkste der Richtungen ist die freigewerkschaftliche, die man auf fast 20 Millionen Mitglieder veranschlagen kann. Von dieser Masse sind 13,1 Millionen im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigt. Er hat die letzten Jahre abermals,

#### Aus dem Inhalt

in zwölfter Stunde — Schwerindustrielle Patrioten — Für eine vollkommenere Gewerkschafts-Internationale	313
Steuersenkung für die Besitzenden? — Die gemütlliche Revolution, Berichtigung	314
Einkommensteuern erleichtert die Büroarbeiten	315
Ethelche Verhandlung — Dein Kind fragt — Landesväter als Menschenhändler	316
Der billige Jakob — Wie verhalte ich mich bei Blatungen — Die rheumatischen Erkrankungen u. ihre Bekämpfung — Zähne im Mund, Mensch gesund — Leisten- und Schenkelbrüche	317
Lehrlinge werden verlangt — Sind Kontrollreue und Revisoren Angestellte oder Arbeiter?	318
Weitener Aufstiege der freien Gewerkschaften — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928 — Das Auslandskapital in der deutschen Industrie	319
Deutsche Handwerkszellen	320

# Steuerenkung für die Besitzenden?

## Weniger Unterstützung für die Arbeitslosen

Am 30. September soll im Reichstag der Kampf an der Arbeitslosenunterstützung vollzogen werden. Es ist also damit zu rechnen, daß die Zellen den Beser erreichen, schon alles erledigt und den hungernden Arbeitslosen der Korb mit trockenem Brot noch höher gehängt ist. Man darf wirklich gespannt sein, wie die deutsche Arbeiterklasse das aufnehmen wird. Gerade am selben Tage, wo man den Termin der endgültigen Reichstagsentscheidung erfährt, war in den Berliner Zeitungen zu lesen:

„Aus Rot hat im Hause Babelsbergerstr. 8a der 26 Jahre (!) alte Arbeiter R. Müller seine Frau, sein 3 Monate altes Kind und sich selbst getötet. Aus einem hinterlassenen Brief ist zu entnehmen, daß Arbeitslosigkeit und Schwermut die noch jungen Geleute in den Tod getrieben haben.“

Wie gesagt, man darf gespannt sein, ob auch weiterhin die Art und Weise so sein wird, womit die deutschen Arbeiter der wachsenden Arbeitslosigkeit und der abnehmenden Unterstützung zu begegnen werden.

Inzwischen scheint sich der besitzende und ausbeutende Teil der deutschen „Volksgenossen“ sehr sicher zu fühlen. Denn er tut alles, aber auch wirklich alles, um die bis aufs Blut gepeinigten Arbeiter aufzutreiben, ihre Wut und Empörung bis zur Siedehitze zu steigern.

Der vorgeschobene Grund, weshalb angeblich die Arbeitslosenunterstützung gemindert werden müsse, ist bekanntlich in erster Reihe die schlechte Lage der Reichsfinanzen. Ende Juli wies die Reichskasse einen Fehlbetrag von 700 Millionen Mark auf. Wie kann man es da verantworten, daß sie für die Arbeitslosenunterstützung 400 Millionen Mark zuschießt? So jagen, ätzend vor moralischer Entrüstung, die Leute, die selber 50.000, 100.000, 300.000 M im Jahre zu beziehen haben. „So muß die Arbeitslosenunterstützung eingerichtet werden, daß das Reich auch nicht einen Pfennig Zuschuß hinfort zu leisten hat; denn das Reich hat kein Geld.“ Dieser Satz lehrt in der bürgerlichen Presse bei jeder Erörterung dieser Dinge wieder.

Man wäre über jenen Fehlbetrag von 700 Millionen Mark mancherlei zu sagen. Wie ist er entstanden? Gibt es nicht noch andere Mittel, ihm abzuwehren, als gerade den Arbeitslosen das trockene Stroh Brot aus der Hand zu schlagen? Erbauliche Dinge kommen zutage, wenn man sich hinein vertieft. Doch wollen wir uns das auf ein andermal aufsparen. Für heute wenden wir uns der höchst merkwürdigen Tatsache zu, daß dieselben Leute im selben Atemzug, da sie über die Armut des Reichs jammern, für sich selbst Steuerenkung verlangen.

Wenn der Young-Plan in Kraft tritt, wird das Reich bis auf weiteres jährlich 700 Millionen Mark weniger an Kriegsschuldentilgung zu zahlen haben als bisher nach dem Dawes-Plan. Was soll mit diesen 700 Millionen Mark geschehen? Damit beschäftigen sich jetzt alle Zeitungen der besitzenden Klasse, alle Würdenträger des Reichs und der Staaten. Doch siehe da, nicht ein einziger von ihnen kommt auf den Gedanken, daß man davon ja die Arbeitslosenunterstützung bezahlen könne und dann noch 300 Millionen Mark übrig bestünde. Auch davon ist keine Rede, daß die 700 Millionen ansreihen, um den Fehlbetrag zu decken. Nein, einmütig erschallt der Schrei: um die 700 Millionen sollen die Steuern der Besitzenden ermäßigt werden. Sogar die Steuern der Arbeitslosen; nicht etwa die der Besitzlosen. Man scheut sich gar nicht mehr, das offen auszusprechen. Im Geheimen, man will die Gelegenheit wahrnehmen, die Besitzenden um noch mehr als 700 Millionen zu senken, und zum Ausgleich sollen dann die Steuern der Besitzlosen sogar noch erhöht werden!

Da hat zum Beispiel der preussische Finanzminister Höpfer-Hoff neulich auf dem demokratischen Parteitag eine Rede gehalten, deren Inhalt der folgende ist: Sobald der Young-Plan endgültig angenommen ist, sollen „der Industrie“ (das heißt den Industriekapitalisten) die 300 Millionen Mark geschenkt werden, die sie gegenwärtig aus Jahr zur Zahlung der Kriegskredite beitragen. Ferner soll die Einkommensteuer ermäßigt werden; aber nicht etwa nur „für die kleinsten Steuerzahler“, sondern vor allen Dingen für die großen und größten. Dies hat Herr Höpfer-Hoff nicht mit so klaren Worten gesagt, daß der gemeine Mann sofort daraus klug wird; er hat es vielmehr in die geheimnisvolle Formel gekleidet: notwendig sei „eine allgemeine Ausweitung der Besteuerung des Tarif, da dieser in seiner Progression überspannt ist, vernünftige Kapitalbildung behindert und zur Steuerflucht reizt“. Der Sinn dieser geheimnisvollen Redewendungen ist kein anderer, als wir oben angaben, wie ja auch der Herr Finanzminister von vornherein nur „die Senkung derjenigen Steuern ins Auge faßt, die die Kapitalbildung hindern“. Das heißt eben, nur diejenigen Steuern, die die Besitzenden zahlen. Und wir dürfen sicher sein: wenn es dazu kommt, dann wird die Senkung der Einkommensteuer schon so eingerichtet werden, daß die Kleinen nichts davon haben. Darüber hinaus will Herr Höpfer-Hoff die „Realksteuern“ (das sind die Steuern auf Grundbesitz, Gebäude und dergleichen) um das niedliche Gummichen von 500 Millionen Mark herabsetzen, so daß, wie bereits erwähnt, die gesamte Entlastung des Besitzes weit größer wird als jene 700 Millionen, und zum Erfolg will er die Steuern auf Bier und Tabak, die der arme Mann zahlt, entsprechend erhöhen.

Man soll aber nicht etwa denken, daß dies Privatpintisterei von Herrn Höpfer-Hoff sind. Nein, es ist das Programm, das zunächst einmal die gesamte demokratische Presse aufstellt und dessen Erfüllung sie im richtigen Kommando von der Regierung heischt. Was soviel heißen will, daß sie bei Verweigerung der Steuerenkung droht, die Regierungskoalition zu sprengen. Die noch weiter rechts stehenden Parteien stellen noch unerschämtere Forderungen auf. Hat doch zum Beispiel die Kölnische Zeitung kürzlich folgende Geschichte erzählt: In einer deutschen Großstadt hat ein Kapitalist seine Grundstücke für 5 Millionen Mark verkauft (es war also sicher kein armer Schlucker). Nun besaß er die 5 Millionen in bar und „dürfte davon einen Jahresertrag von 300.000 M erwarten“. (Man verstehe recht: ohne einen Schlag Arbeit zu tun, ohne Hand oder Kopf zu rühren, „dürfte“ er jedes Jahr 300.000 M einstreichen, nur weil er die 5 Millionen besitzt. Also ein Arbeitsloser großer Stils.) Nach den bestehenden Gesetzen hätte er davon 170.000 M Steuern zahlen müssen. Jedermann wird einsehen, daß das unmöglich geht. Sich solche Entbehrungen aufzuerlegen, sich mit jämmerlichen 130.000 M jährlich zu begnügen, bloß um den Reichsfinanzen aufzuhelfen, bloß damit vielleicht die Arbeitslosen ihre 760 M jährlich behalten — das kann man einer echten Kapitalistenseele nicht zumuten. Der Mann setzte sich also hin und schrieb an die Regierung eines schweizer Kantons, wieviel Steuern er dort zu zahlen haben würde. Umgehend kam die Antwort: wir machen für 30.000 Franken (das sind 24.000 M jährlich) und sofort packte der große Patriot seine sieben Sachen zusammen und wanderte nach der Schweiz aus. Überflüssig, noch ein Wort hinzuzufügen. Wir werden ja bald sehen, ob die besitzende Klasse Deutschlands die Dreistigkeit so weit zu treiben wagt, um nicht nur die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen, sondern außerdem noch ihre eigenen Steuern zu senken, die der Besitzlosen zu erhöhen.

Und wir werden sehen, ob und wie die Arbeiterklasse sich das gefallen lassen wird. J. H. u. S.

und zwar um 305.000 Mitglieder zugenommen, zu welchem Mehr an Zahl sich ein Mehr an innerer Festigkeit und Entschlossenheit. Die Freude an diesem Anstieg wird jedoch vergrößert durch die Tatsache, daß der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) noch nicht mehr zur allumfassenden Weltgemeinschaft geworden ist, sondern noch immer stark den Charakter einer nur europäischen Internationale hat. Denn von den 62 Ländern mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören ihm erst 27 an, und unter diesen befinden sich bloß 6 außereuropäische, nämlich Argentinien, Kanada, Palästina, Südafrika und Südwestafrika, die nur 2,8 v. H. der Gesamtmitgliedschaft des IGB bergen. Will der IGB zur Internationale im vollkommeneren Sinne werden, so muß er viel mehr Länder umfassen, die ganze Welt zu seinem Organisationsbereich haben.

Daß dies höchst erwünscht ist, braucht man den Lesern dieser Zeitung nicht lang und breit auseinanderzusetzen. Wenn irgend einer Berufsgruppe, dann liegt den Metallarbeitern sehr viel an einer weltumfassenden, lebenskräftigen Internationale. Sie, die sehr Wanderlustigen, möchten allertwärts organisierte Genossen und Gewerkschaften mit offenen Türen, unentgeltlichem Eintritt und voller Gleichberechtigung finden. Dann ist die Metallindustrie mehr als ein anderes Gewerbe mit der Weltwirtschaft verknüpft. Ihre Erzeugnisse gehen mehr und — dank der Romanisierung — leichter über die Grenzen. Ihr Unternehmertum ist am innigsten international kooperiert. Bei jedem größeren Lohnstreik in der Metallindustrie spielen die Warenpreise, Leistungsfähigkeit, Arbeitszeit und die Bezahlung der Arbeiter jenseits der Grenze eine große, zuweilen die ausschlaggebende Rolle. Schon aus diesen Gründen müssen die Metallarbeiter danach trachten, daß ihre Berufsgenossen allerwärts gut organisiert und mit ihnen im Geiste wie in der Tat zusammenwirkend, kurz, daß sie mit ihnen im Internationalen Gewerkschaftsbund vereint sind. Und dies ist auch die oberste Voraussetzung für das Gelingen von internationalen Aktionen, wie gegen den Krieg und für die Abrüstung, woran ja die Metallarbeiter schon durch ihre berufliche Tätigkeit außerordentlich stark beteiligt sind.

Der Vorstand des IGB läßt es sich, was nicht betont zu werden braucht, sehr angelegen sein, seinen Organisationsbereich auszuweiten. Er wird seine Bemühung natürlich nur auf die Länder oder Organisationen richten, deren gewerkschaftliche Auffassung seiner eigenen mindestens nahekommt, weil bloß solche einen wirklichen Gewinn bedeuten. Und solche Organisationen gibt es noch genug. Es sei nur an die Gewerkschaften in Nordamerika, Mexiko, Australien, Japan usw. erinnert, die alle dem IGB noch fernstehen. Bei einem Teil dieser Organisationen ist nun allerdings die Ansicht, daß sie sich dem IGB anschließen, vorherhand gering. Die Gründe hierfür sind zu mannigfaltig, als daß sie in diesem Zusammenhang dargelegt werden könnten. Immerhin seien ein paar mehr technische Erkenntnisse anzudeuten. Bei einigen von den überseeischen Organisationen spielt bei ihrem Fernbleiben das Bedenken mit, daß ihr Stimmengewicht bei den Entscheidungen des IGB wegen der großen Entfernung nicht genügend zum Ausdruck kommen und daß sie durch die jetzt geltenden Beiträge für den IGB geldlich zu sehr belastet werden könnten. Diese Bedenken müßten durch die Änderung der Satzung des IGB hinsichtlich der Beitragsart wie der Beitragshöhe (für die weitestgehenden oder beitragsmäßig unter der europäischen Norm stehenden Organisationen) zerstreut werden. Daß es außer diesen Bedenken noch Hemmnisse anderer Art gibt, werden wir bald sehen.

### Die ostasiatische Vereinigung

Ein Teil der Gewerkschaften in den Ländern am Stillen Ozean haben sich vor mehreren Jahren eine besondere Vereinigung, wenn man will, eine eigene Internationale geschaffen. Die Diktendräume, die ihre Gründung entsprachen, sind indessen schnell wieder verduftet. Das Band, das diese Gewerkschaften umschlingt, ist nicht über ein Büro, über das Pan-Pacific Trade Union Sekretariat hinausgekommen. Es mußte von Schanghai nach St. Francisco, an die amerikanische Westküste verlegt werden, wo auch das Monatsblatt, The Pan-Pacific Monthly, herausgegeben wird. Ein Ableger dieses Blattes, The Pan-Pacific Worker, erscheint noch in Sydney, Australien. Über das wahrscheinliche Schicksal der sprachlichen Reste der ostasiatischen Gewerkschafts-Internationalen sei heute nichts weiter gesagt.

Diese gewerkschaftliche Gemeinschaft hatte die Moszauer Internationale zur Schutzhelferin und Pflegemutter. Unter einem solchen Vorwand kann sich kaum eine gut fundierte Bewegung am Leben halten, geschweige die überaus schmächtigen organisierten Geschöpfe in Ostasien. In ganz Ostasien fehlen, abgesehen von dem gut organisierten Australien, das als der Kern der Internationale gedacht war, zurzeit noch die wesentlichen Vorbedingungen für einen lebensfähigen, wirtschaftlich zusammenhängenden Zusammenschluß. Daß dies auch für Japan gilt, obwohl es sich seit dem Kriege erheblich gut entwickelt hat, soll nachstehend hier besonders gezeigt werden.

China spielt und spielt auch heute noch in den Berufsvereinigungen des Pan-Pacific Trade Union Sekretariat eine bedeutende Rolle, und ihm, dem ungelocktesten Bauernland, werden in den Berichten, die über Moskau in die Welt gehen, nicht weniger als 28 Millionen Gewerkschaftler gezählt. Das läßt auf einen unabhängigen Druck nach großen Hoffnungen schließen. Jeder haben die chinesischen Gewerkschaften mit 2,8 Millionen Mitglieder gehabt, noch nicht einmal den geringen Teil selbst in der für ihre Existenz günstigen Zeit, also damals, wo sich der Einfluß der (noch fortgeschrittenen) Zusammenlegung bis über den Jangtsekiang hinaus erstreckte. Selbst wenn es eine Milliarde Arbeiter ergebe, das jetzt noch ein Gewerkschaftler heißt, ist das ein sehr bescheidenes und bescheiden-realistischer Prädikat. Dennoch müßte man sich, wenn es hoch kommt, ein paar Gruppen von den Arbeiter und den Jungarbeiter in den Küstenstädten gebildet haben.

Die Gewerkschaftsbewegung in den ostasiatischen Ländern ist leider noch außerordentlich geringfügig oder, wie in Japan, noch ein wenig durchgefallen. Das wird natürlich nicht immer so bleiben. Die amerikanische Gegenwart hat einen die Zukunft nicht besorgen lassen. Wichtige Zeichen sprechen dafür, daß sich auch dort bald manches zum Besseren wenden wird. Dem IGB, der nicht in Japan, sondern in Jahrzehnten denken muß, hat sich im letzten Osten ein ebenso breites wie vielseitiges Feld zum Blick und dann auch ein Feld zum Entrennen. Für manche und materielle Hilfe ist dort immer Gelegenheit. Die letzten paar Jahre nur mit höchstem Verstandnis für die Arbeiter und die Gegenwart der Arbeiter am Stillen Ozean geföhrt werden. Denn viele Arbeiter sind nicht wie die Arbeiter und Träger der europäischen Gewerkschaftsbewegung die letzten Glieder einer langen Reihe von Handwerfern.

(Schluß folgt.)

### Wie hoch ist das Zins- und Dividendeneinkommen

Die Höhe des deutschen Volkseinkommens wird auf 60 bis 65 Milliarden Mark geschätzt. Davon sind rund 45 Milliarden Mark Lohn- und Gehaltseinkommen und 10 bis 12 Milliarden Anlagekapital. Von dem Rest dürfte der größte Teil auf das Unternehmereinkommen fallen. Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahrsbericht eine Zusammenfassung der Zins- und Dividendeneinkommen (nach dem Stand vom 31. Dezember 1928):

Einkommensart	Mil. RM.
Geldbesitz	347,7
Bausparnisse	6,9
Gold-Dauersparnisse	102,5
Bausparnisse	0,7
deutsche Staatsanleihen	67,6
ausländische langfristige Staatsanleihen	131,5
Spekulationen und Vermögenswerten	423,5
<b>Zusammen</b>	<b>1090,4</b>

Beitragende der Versicherungsunternehmen, und zwar auf ein Einmalvermögen von	Mil. RM.
10908,5 RM. RM., Bilanzstichtag 30. September 1928	747,7
2845,0 RM. RM., Bilanzstichtag 30. September 1928	184,5
1297,0 RM. RM., Bilanzstichtag 30. September 1928	117,4
1304,3 RM. RM., Bilanzstichtag 30. September 1928	99,0
<b>Zusammen</b>	<b>2233,0</b>

Bei der Gruppe der selbständigen Berufe handelt es sich um das Einkommen aus im Inland seit der Währungsstabilisierung abgesetzten selbständigen Berufen. In der zweiten Gruppe sind die vom Staatlichen Reichsamt erfassten Berufe und Millionenbesitzer verzeichnet. Das gesamte Zins- und Dividendeneinkommen in Deutschland wird mit obigen Zahlen nicht erfasst sein.

### Aufsichtsräte und ihr Entgelt

Die im Aktienrecht festgelegte Einrichtung der Aufsichtsräte hat durch den Fall der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft einen hohen Erfolg erhalten. Es hat niemand in den Kopf gewandt, daß eine solche liberale Aufsichtsratsführung bei einem großen Versicherungsunternehmen lange Zeit hindurch möglich war, ohne daß der Aufsichtsrat davon etwas wußte. Erhaben werden die Aufsichtsratsmitglieder hohe Vergütungen bezogen haben. Das Einkommen der Aufsichtsratsmitglieder ist sehr unterschiedlich. Bei den kleineren Gesellschaften wird es nicht sehr hoch sein. Aber größere Unternehmen zahlen ganz außerordentlich hohe Entgelte. Ihre Höhe richtet sich in der Regel danach, wie groß die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist. Bei einem ziemlich gleichmäßigen Befehlsgehörigen der Zahlreichen der AGS und Siemens & Halske erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der ersten Gesellschaft durchschnittlich 7000 M als Vergütung, während sie bei der letzten 42.000 M beträgt. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist bei der AGS mehr

als zweimal so groß als bei ihrer Konkurrenz. Daher auch die unterchiedliche Bezahlung. Bei den Vereinigten Glanzstofffabriken erhalten die ersten fünf Ausschiktsmitglieder je rund 160.000 M; bei Zellulose-Waldhoff erhalten die Ausschiktsratsmitglieder je 64.000 M, bei der IG Farben wird der gleiche Betrag je Kopf bezahlt; dagegen bei den Ver. Stahlwerken „nur“ 12.000 M, bei Mannesmann 11.000 M und bei der Deutschen Bank und Dresdner Bank je 10.000 M.

Wie der frankfurter Fall zeigt, fassen manche Ausschiktsratsmitglieder ihre Funktion sehr eigenmächtig auf. Sie verdienen jedenfalls den Namen absolut nicht, wenn die Direktion hinter ihrem Rücken beratig schlampig die Geschäfte führt. Die Bezahlung dagegen ist mehr als nobel zu nennen und steht mit den Klagen über schlechten Geschäftsgang usw. im schroffen Widerspruch.

### Arbeiter jetzt auf Lager gelegt

Die verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit hat verschiedene Ursachen. Neben den allgemeinen Ursachen wird der Arbeitsmarkt künstlich beeinflusst. Früher wurden Arbeitskräfte auch in schlechten Zeiten mit durchgeschleppt und lieber auf Lager gearbeitet. Heute werden Arbeitskräfte auf Lager gelegt. Sobald ein Auftrag eingeht, werden Arbeiter eingestellt, um nach kurzer Frist wieder entlassen zu werden. Daneben wird der Arbeitsmarkt durch die Zusammenballung der Unternehmungen beeinflusst. Dies geht aus einer Meldung des Landesarbeitsamtes Westfalen vom 13. September hervor: „Häufig wird in einem nur schwach beschäftigten Betriebe, dessen Anlagen nur schlecht ausgenutzt werden können, die Produktion völlig eingestellt und von einem anderen Werk des betreffenden Konzerns, dessen Kapazität (Leistungsfähigkeit) ebenfalls nicht vollkommen ausgenutzt werden kann, vorübergehend, bis der Auftragsbestand sich gebessert hat, mit übernommen. Auf diese Weise sinken die Produktionskosten. Der Arbeitsmarkt wird aber dadurch belastet, da bei dieser Zusammenlegung der Produktion in einem Betriebe dasselbe Produkt mit einer geringeren Arbeiterzahl hergestellt werden kann, als wenn es auf mehrere Betriebe verteilt wird. Verschiedene Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt der westfälischen Eisenindustrie der letzten Zeit sind so zu erklären.“

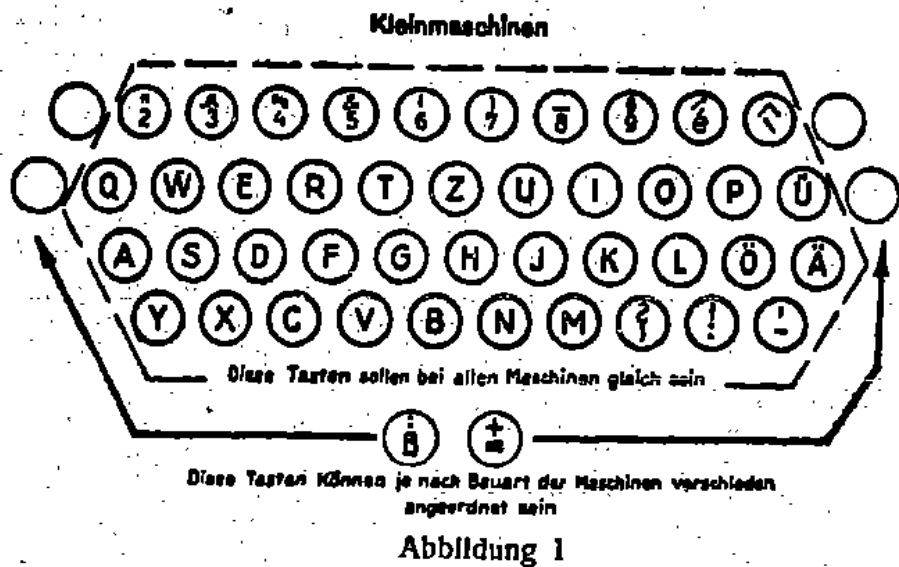
### Die gemütlliche Revolution

Zu dem Aufsatz „Die gemütlliche Revolution“ in Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung ist an mehreren Stellen bei Angabe der Größe des Grundbesitzes versehenlich die Rede von Tausenden von Quadratmetern. Jeder Leser, der rechnet, wird sofort gemerkt haben, daß die Zahlen zu viel sind. Der Grundbesitz des ehemaligen Kaisers zum Beispiel umfaßt nicht 766.000, sondern nur 766 Quadratmeter, und entsprechend für die anderen. Auch die Größe des deutschen Reichs beträgt nicht 11.100.000, sondern nur rund 471.000 Quadratmeter, so daß der Anteil, der sich im Privatbesitz des ehemaligen Kaisers befindet, bedeutend kleiner ist. Die behaupteten Zahlenfehler seien hiermit berichtigt. Auf den wesentlichen Inhalt des Aufsatzes haben diese Fehler keinen Einfluß.

# Technik und Werkstatt

## Einheitlichkeit erleichtert die Büroarbeiten

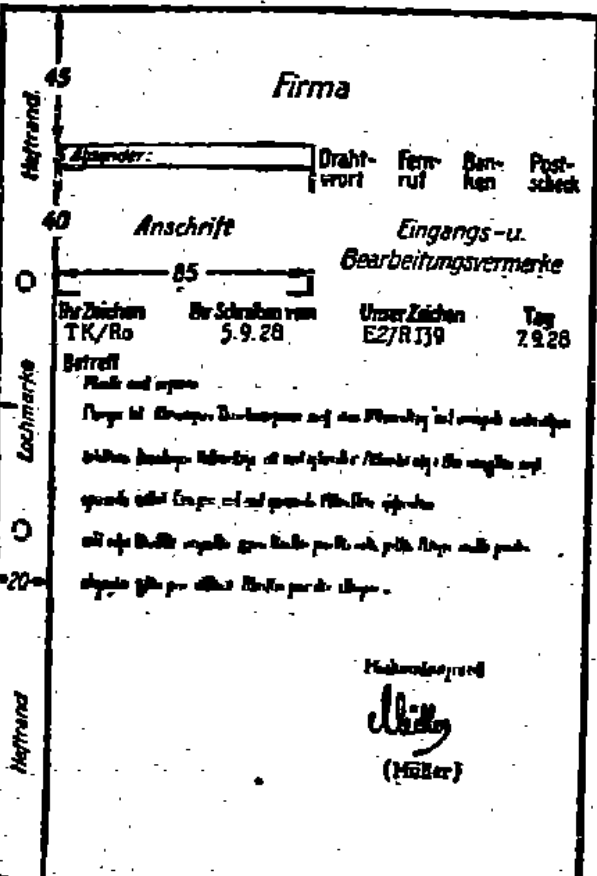
Alle Klaviere haben die gleiche Tastenanordnung. Das halten wir für selbstverständlich, denn sonst könnte nicht jeder Klavierspieler jedes beliebige Klavier benutzen. Bei den Schreibmaschinen ist dies bis vor einiger Zeit nicht beachtet worden; die Bauarten weisen Unterschiede auf, was bei der Benutzung ungewohnter Systeme Schwierigkeiten bereitet, viel Zeit und schon manchen Briefbogen gekostet hat. Es ist daher zu begrüßen, daß der Fachnormenausschuß für Schreibmaschinen Einheitstastentypen geschaffen hat. Bei diesen Normen sind die allgemein benutzten Tasten vollkommen einheitlich angeordnet, für zwei andere Tasten hat man die Anordnung den Herstellern freigestellt, um eine Änderung der bestehenden Bauarten zu vermeiden; bei der Büromaschine ist eine weitere Taste für Sonderbedürfnisse, mathematische Zeichen, fremdsprachige Buchstaben und ähnliches vorgesehen. Die genormte Tastenanordnung für



die Kleinmaschine zeigt Bild 1. Eine Annehmlichkeit für den Gebraucher genormter Maschinen ist es ferner, daß für die Büro- und die Kleinschreibmaschine je eine Einheits-spule geschaffen worden ist, die künftig bei allen Systemen angewendet werden soll. Damit wird erreicht, daß nicht für jedes Modell besondere Farbbänder vorrätig gehalten werden müssen.

Der Geschäftsbriefvordruck. Um eine Kraftwagen-, Straßenbahn-, Hausnummer oder einen Straßennamen zu finden, braucht man nicht erst lange zu suchen, weil man weiß, wo man sie findet, weil sie stets an der gleichen Stelle angebracht sind. Man versuche aber einmal, auf sechs beliebig herausgegriffenen Briefen schnell die Fernsprechnummer aufzufinden — wenn man den Fernsprecher benutzen will, hat man es immer eilig — und man wird feststellen müssen, daß diese Angabe gar nicht so rasch unter den übrigen zu entdecken ist. Auf dem einen Briefbogen steht sie rechts, auf dem andern links, auf einem dritten wieder in der Mitte.

Warum machen wir uns das nicht so leicht wie bei den oben aufgeführten Fällen? Dafür ist lediglich notwendig, daß eine einheitliche Anordnung dieser Angaben auf allen

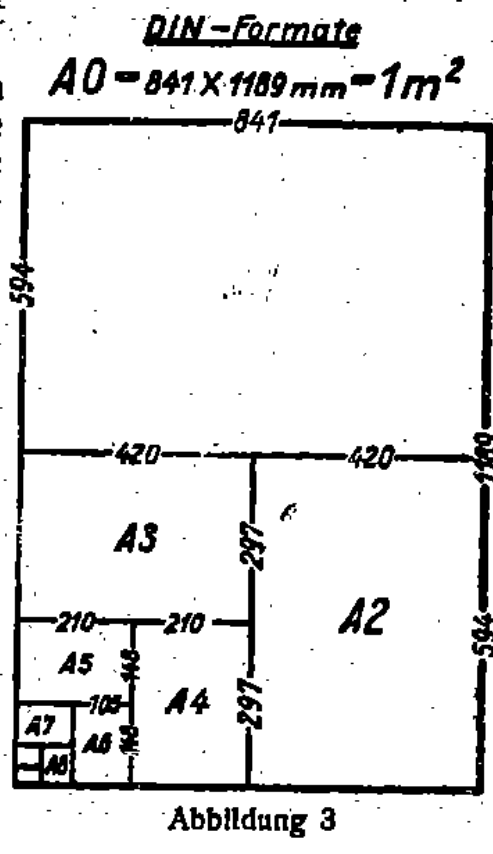


beeinträchtigt werden könnte, ist durch eine große Anzahl sehr geschmackvoller Ausführungen widerlegt.

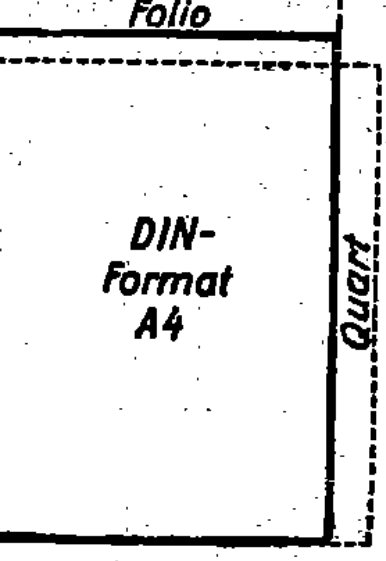
Briefzeichen, Betreff und Unterschrift. Es gibt heute noch viele Geschäftsleute, die ein Briefzeichen scheinbar grundsätzlich weder in dem eigenen Brief benutzen, noch in den Antwortschreiben angeben. Kleinere Betriebe, in denen der an sich geringe Briefverkehr durch ein oder zwei Personen erledigt wird, können für ihre eigenen Zwecke auf die Verwendung eines Briefzeichens allenfalls verzichten. In großen Firmen mit einem Dutzend oder mehr Abteilungen hat es aber gewöhnlich eine beträchtliche Verzögerung der Posterledigung zur Folge, wenn das Briefzeichen des Vorganges in der Antwort fehlt. Das Schreiben muß in diesem Fall erst von der Registratur durchgelesen werden, während es sonst auf Grund des Briefzeichens unmittelbar an die betreffende Stelle geleitet werden kann. Die Bearbeitung der Post wird auch wesentlich erleichtert, wenn ein Betreff angegeben wird, das stichwortartig den Inhalt des Briefes zusammenfaßt.

Und endlich die Unterschrift! Nehmen wir an, eine Unklarheit sei durch ein Ferngespräch schnell zu klären. Man möchte sich mit dem Briefschreiber selbst in Verbindung setzen; wenn nun die Unterschrift unleserlich ist, so beginnt gewöhnlich ein zeitraubendes Rückfragen bei den einzelnen Abteilungen mit dem wohlbekannten „Einen Augenblick, bitte!“ — Diese Umständlichkeit kann man sich sehr leicht ersparen, ohne erst Schönschreiben zu lernen: man setzt einfach den Namen mit der Maschine unter die Unterschrift.

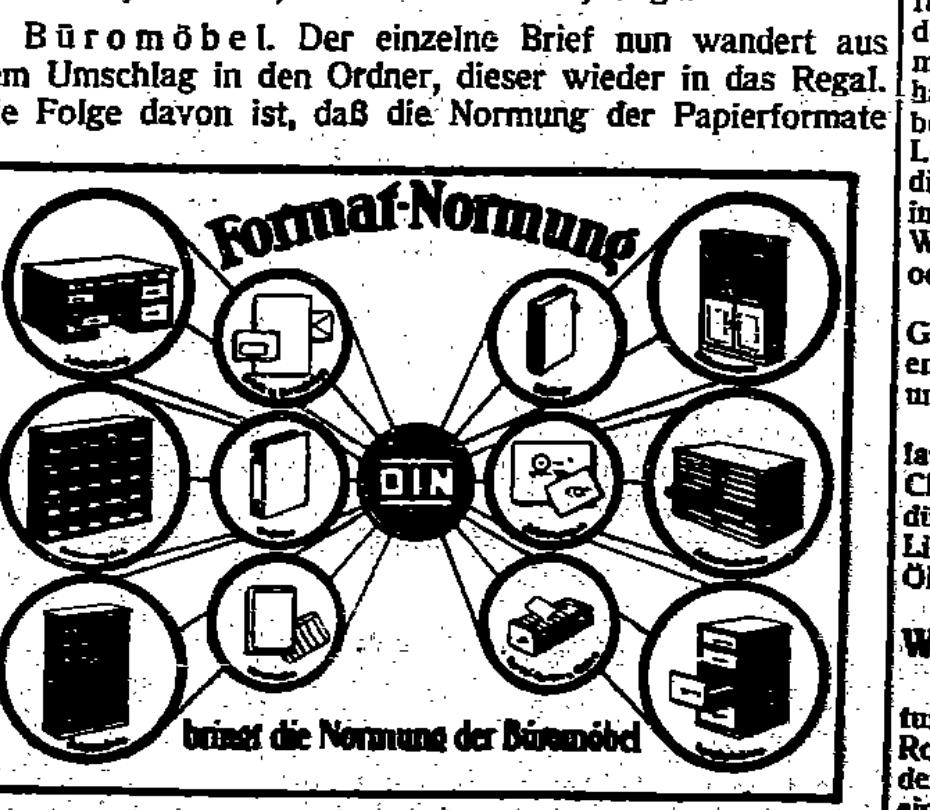
Die Dinformate. Auf einheitliche Formate für Briefe, Werbeschriften usw. hat man bis vor einigen Jahren keinen Wert gelegt. Sehen wir uns aber einmal zum Beispiel solche „individuellen“ Formate an. Da stehen überall Blätter und Hefte nach oben und nach den Seiten vor, sind umgebogen und eingerissen; andere wieder verschwinden zwischen ihren größeren Nachbarn. Es ist schwer, darin Ordnung zu halten und fast unmöglich, die Sammlung in gutem Zustand zu erhalten. Erleichtern wir uns das, indem wir die Dinformate verwenden! Das Ausgangsformat für die Dinformate nennt man DIN A 0; es ist 1185 mm lang u. 841 mm breit. Das ist eine sonderbare „krumme Masse“; mit ihr hat es aber folgende Bewandnis: Die Fläche des A 0-Bogens ist genau 1 Quadratmeter groß und ferner hat seine Schmalseite zur Längsseite das Verhältnis 1 : 1,41, das wiederum seine besondere Folge hat: Faltet man den Bogen, wie in Bild 3 dargestellt, so entsteht das Format 841 : 594 mm, „DIN A 1“, dessen kurze Seite zur langen sich wiederum wie 1 : 1,41 verhält. Durch weiteres Halbieren entstehen dann der Reihe nach die Formate A 2, A 3 usw. A 4 ist das Format des Vollbriefes (und ersetzt Folio und Quart, siehe Bild 4), zugleich auch das genormte Zeitschriftenformat, das neben vielen anderen auch die in Stuttgart erscheinenden Zeitschriften Der Werksleiter, Neue Hauswirtschaft und Wirtschaftlichkeit aufweisen. DIN A 6 ist das vom Weltpostverein vorgeschriebene Format der Postkarte.



Sehr zweckmäßig ist es, Zeichenbogen fertig geschnitten in Dinformaten vorrätig zu halten, da beim Abschneiden von der Rolle erfahrungsgemäß sehr viel Papier verschritten wird. Solche Zeichenbogen erhält man auch mit vorgedruckter Stückliste gemäß den Zeichnungsnormen. Neben den Vorteilen im Gebrauch haben die Dinformate auch den Vorzug, daß durch den Verschnitt nur ein ganz geringer Papierverlust entsteht. Bemerkenswert sei ferner, daß die Normformate von den deutschen Behörden verwendet werden und darüber hinaus internationale Bedeutung haben, da sie in folgenden Ländern eingeführt werden: Belgien, Holland, Norwegen, Österreich, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn.



Büromöbel. Der einzelne Brief nun wandert aus dem Umschlag in den Ordner, dieser wieder in das Regal. Die Folge davon ist, daß die Normung der Papierformate



eine Vereinheitlichung der Büromöbel (siehe Bild 5) insofern bedingt, als für die Schübe und Regale der Büromöbel nur einige wenige Größen in Frage kommen. Es ist dadurch möglich, daß viele Teile der Büromöbel in Massen hergestellt werden können, wodurch neben den Kosten der

Herstellung auch die der Lagerhaltung wesentlich verringert werden können. Diese Ersparnisse müssen sich mit der Zeit auch auf die Preise der genormten Büroausrüstung günstig auswirken. In Anbetracht der Vorteile, die eine einheitliche Büroeinrichtung bietet, tut man gut, bei Neuanschaffungen diesen den Vorzug zu geben. Bg.

## Fortschritte in der Verwendung der Analysen-Quarzlampe

Die Analysen-Quarzlampe, ein sehr geschätztes Hilfsmittel für Kriminaluntersuchungen sowie Prüfungen der Lebens- und Genußmittel, wird auch für viele Industriezweige immer wichtiger, da sie es ermöglicht, schnell den Reinheitsgrad und die Echtheit von Rohstoffen festzustellen und schädigende Fälschungen oder unerwünschte Beimengungen zu erkennen und von der Weiterverarbeitung auszuschalten. Im wesentlichen eine Quecksilberdampflampe, deren Rohr aus geschmolzenem Bergkristall besteht, besitzt die neue Analysen-Quarzlampe noch ein besonderes Dunkelfilter, ein glastechnisches Produkt, das alles helle, sichtbare Licht, das der Quarzbrenner aussendet, völlig ausschaltet und nur die wirksame Ultraviolettstrahlung hindurchtreten läßt. Bringt man nun in den Gang dieser sehr starken Strahlung im Dunkeln irgendwelche Stoffe, so beginnen diese eigenartig zu leuchten, zu fluoreszieren, und zwar ist die Färbung und auch die Stärke dieser Fluoreszenz bei verschiedenen Stoffen verschieden. Dabei genügen oft kaum wägbare Beimengungen, um ein Leuchten hinter dem Dunkel-Ultraviolett-Filter hervorzubringen. Bei einem Versuche zeigte einmal reines destilliertes Wasser, das sonst nicht leuchtet, bläuliche Fluoreszenz und bald konnte als Ursache der Umwandlung festgestellt werden, daß das Wasser durch einen neuen Gummischlauch geflossen war. Verwendete man den alten Schlauch, so blieb die Erscheinung aus.

Mit geringer Mühe lassen sich durch die Analysen-Quarzlampe Fälschungen von Wertdokumenten, Kreditbriefen, Banknoten und Briefmarken erkennen. Unsichtbare, sogenannte Geheimschriften werden im Strahlengang lesbar. In der Weberzeit zeigt es sich sofort, ob die bestrahlte Ware verborgene Flecken enthält, ob verschiedene Faserarten verwendet wurden, ob ein Gewebe aus Seide oder Kunstseide besteht und sogar auch ob in letzterem Falle Viskose-, Kupferacetat- oder Nitrosetseide vorliegt. Zuweilen wird in der Industrie so verfahren, daß man von allen für die Fabrikation benötigten Rohstoffen, wie zum Beispiel Ton, Teerölen, Wachs, Fetten, Schmierölen und dergleichen Muster aufbewahrt, die sich als zufrüherstehend erwiesen haben; kommt nun eine neue Probe zur Beurteilung an, so bringt man sie zusammen mit dem Muster ins Dunkelfeld und beobachtet die Fluoreszenz. Ist diese annähernd dieselbe, so gilt die Stoffprobe als brauchbar. Eine solche nur wenig Kosten verursachende Methode ist natürlich nicht exakt, aber die Erfahrungen, die mit ihr gemacht werden, lauten recht günstig; jedenfalls zeigte es sich, daß Übereinstimmung unter dem Dunkel-Ultraviolett-Filter auch Übereinstimmung in der Verarbeitung des Materials in der Fabrikation ergibt. Auf einen Blick lassen sich die Fälschungen von Gemälden erkennen, wie dies übrigens auch bei der Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen möglich ist und darüber hinaus ist es auch gelungen, mit der Analysen-Quarzlampe echte, altertümliche Skulpturen von gefälschten neuen zu unterscheiden. Es zeigte sich, daß Stücke aus altem carrarischem Marmor bei der Ultraviolettbestrahlung deutlich anders fluoreszieren wie Stücke aus frisch behauenen. Im übrigen fand man bei der Strahlenuntersuchung echter altertümlicher Statuen wiederholt deutliche Risse, die vor vielen Jahrhunderten jedoch so kunstgerecht verkittet und übermalt worden waren, daß sie bisher noch von keinem Kunstsachverständigen entdeckt werden konnten. r.

## Buntes Kupfer und Messing

Mit Hilfe des elektrischen Stromes lassen sich Kupfer, Messing oder Bronze in allen nur möglichen Farben überziehen. Eine schwache Stromquelle genügt, zum Beispiel ein Akkumulator von 4 bis 8 Volt oder eine entsprechend starke Batterie von galvanischen Elementen. Es geht aber auch mit dem Strom der Lichtleitung, sofern sie Gleichstrom führt; man schaltet dann am besten eine Glühlampe vor oder einen regelbaren Widerstand, wie zum Beispiel den, der im Kosmos-Baukasten „Elektrotechnik“ enthalten ist.

Zum Färben eignet sich jeder Gegenstand aus den oben genannten Metallen, zum Beispiel eine Vase, Figur, Platte oder Schale. Man bringt ihn in ein Gefäß, das man mit einer Lösung von Kupferacetat (essigsäures Kupfer) füllt. Dieses Kupfersalz ist sehr billig und in jeder Drogeriehandlung erhältlich. Man löst 10 Gramm davon in 1 Liter heißem Wasser, fügt 3 Gramm Gellatine hinzu und läßt erkalten. Dann bringt man die Lösung in das Gefäß und verbindet den zu färbenden Gegenstand mit dem Minuspol der Leitung. Als Pluspol benutzt man ein Kupferblech oder einfach Kupferdraht, den man in das Bad taucht; natürlich darf er den Gegenstand nicht berühren. Das Kupfer färbt sich schnell braun, wird herausgenommen, vorsichtig abgetrocknet und lackiert (mit farblosem Lack zum Schutz der Metallfärbung). Um Rot zu erhalten, benutzt man ein stärkeres Bad mit fünf-facher Menge Kupfersalz. Blau wird die Färbung, wenn man jetzt den Strom ausschaltet und das Bad auf 40 Grad erwärmt. Läßt man bei 55 Grad noch einmal kurze Zeit Strom fließen, dann erhält man goldene Färbung. Bei einiger Erfahrung, die man am besten zuvor an wertlosen Kupferstücken sammelt, kann man mit Leichtigkeit jede gewünschte Farbe erzielen. Auch ist es möglich, die Gegenstände verschiedenfarbig zu gestalten, indem man immer nur einzelne Teile behandelt und die andern mit Lack oder Wachs abdeckt. Auf diese Weise kann man Platten aus Kupfer oder Messing mit Bildern in natürlichen Farben schmücken.

Bedingung für gutes Gelingen ist, daß man die zu färbenden Gegenstände vor dem Einbringen ins Bad recht sauber macht und entfettet, zum Beispiel mit verdünnter Kali- oder Natronlauge, und hinterher gut in reinem Wasser abspült. Die Farbenwirkung hat einen ähnlichen Grund wie die Anlauf Farbe des Stahls. Nicht die elektrisch niedergeschlagenen Chemikalien sind farbig, sondern auf dem Kupfer sitzt eine ganz dünne Haut, die je nach ihrer Stärke infolge der Interferenz des Lichtes gefärbt ist. Die Interferenz kann man auch an dünnen Ölfilmen auf Wasser oder an Seifenblasen gut beobachten. Sx.

## Wie zieht man Leitungsdraht durch gebogene Rohre?

Gelegentlich steht man dahem vor der Aufgabe, den Leitungsdraht einer elektrischen Lampe zu erneuern. Meist ist das Rohr der Lampe gebogen, dann gelingt es nicht ohne weiteres, den Draht zum andern Ende hinauszuschieben. Man hilft sich sehr einfach so: Eine Bleikugel (zum Beispiel ein Teschingeschloß) oder eine alte Bleiplombe, die man zusammenballt, wird mit dem Messer eingekerbt. In die Kerbe schiebt man einen Faden und drückt sie so fest zusammen, daß der Faden darin stecken bleibt. Am andern Ende des Fadens befestigt man den Leitungsdraht. Die Bleikugel gleitet leicht durch die Rohrwandung und zieht den Faden nach sich. Dann kann man mittels Ziehens am Faden und Nachschieben den Draht auch durch ein verhältnismäßig enges und stark gebogenes Rohr hindurchbringen. U.



# Familie und Heim



## Man müsste viele Menschenalter überdauern

Genug der Liebe kann man niemals geben. Sich selbst zu spenden, ganz und ohne Massen, dafür genügt dies arme nackte Leben, dass wir durch wenige Jahrzehnte weben, noch lange nicht — noch lange nicht.

Man müsste viele Menschenalter überdauern, um strahlend sich der Liebe darzubringen und nicht dem Tag, der Stunde nachzutraumern, dass grübelnd wir vor ihrer Fühllosigkeit erschauern ohnmächtig schwach — ohnmächtig schwach.

Noch zeitgebunden und gefangen in der Endlichkeit: wer kann genug der Liebe geben? Des Todes Schatten fallen gross und breit, vergiften jede Lust mit tiefstem Leid der armen Kreatur — dem Menschen.

Kurt Ostermann

## Eheliche Verhandlung

Eheliche Verhandlung? Ja, bei Völkerverbandsangelegenheiten, bei Lohnkonflikten, bei Geschäftsabschlüssen wird wohl verhandelt, aber was kann man schon in der Ehe miteinander verhandeln? Sorgfältig überlegt man sich bei Geschäftsabschlüssen, was man sagen muß, wie man dem Gegenüber am besten entgegenkommt. Unter Umständen muß man sich auch aus einer unangenehmen Sache wieder herausbringen. Aber auch wenn mal Meinung gegen Meinung anspringt, so ist doch eine Vermittlung möglich auf dem Wege der Verhandlung. Es müssen nicht immer mehrere Teilnehmer sich gegenübersehen, man kann ebenso gut nur mit einem Geschäftsfreund, nur mit einem Arbeitskollegen, nur mit einem Andersdenkenden verhandeln. In der Ehe jedoch, sonderbar, da will der eine mit dem andern sich so ganz und gar nicht aufs Verhandeln einlassen. Da geht so eine Auseinandersetzung um den Verhandlungsweg in aller Form herum. Ohne Plan, ohne Einleitung, ja oft sogar mit dem letzten Ende zuerst haben sich die Partner ihre „Ansichten“ gegenseitig an den Kopf, rücksichtslos, wenns den andern nur ordentlich trifft. Die Nachbarn haben dann einen kostspieligen Ohrenschmaus.

Warum wird aber nur bloß gerade zwischen Mann und Frau der Verhandlungsweg so selten eingeschlagen? Nun wird mancher Mann sagen: Für meine Frau kann man überhaupt nicht reden. Und manche Frauen widerum: Ah, mein Mann, der würde gar nicht hinhören. Wenn man sich also gegenseitig weder reden noch Zuhörerkommen putzt, dann ist natürlich schon von vornherein der Weg verbannt. Im Grunde weiß nämlich der eine kaum vom andern, wie er ein ernsthaftes Gespräch führen könnte. Wie viele Leben doch aneinander vorbeizieh! Dann ist da noch das alte, in Gesetz und Sitte bezankerte „Ja Hauje“, bei meiner Frau oder bei meinem Mann, da brauche ich mich nicht zusammenzunehmen. Wir gehören ja nun mal zusammen, und es kann mir absolut nichts passieren, wenn ich so und nicht anders bin.

Das ist noch die alte Auffassung vom gegenseitigen Besitz, die sich auch heute noch in jede neugegründete Ehe einschleibt, wenn sie nicht auf richtiger Grundlage geschlossen worden ist. Die Frau gehört mir, ha! ha! Ich kann mit ihr reden und ausgehen, wie's mir paßt. — Mein Mann, der hat mit mir zufrieden zu sein. Ich bin seiner ja sicher, der weiß, wo er hingehört. Wir gehen nicht zu unzufriedenlich miteinander um. — Man betrachtet es als eine Art Privatrecht, zu Hauje hollerdi-poller miteinander umzugehen. Man nennt das vielleicht sogar Ungebotungsberechtigung. Aber mit sich selbst geht man ja leider viel zu sehr großzügig um. Es ist aber doch bloß eine Lächerlichkeit des Gemüts, wenn man ohne Rücksicht aufeinander sich anfrackelt, wenn man gegenseitig übereinander beruft, ohne den andern Zeit nach der wahrheitlich doch vorhandenen eigenen Meinung zu fragen. Der schwächere Teil wird naturgemäß in eine Teilnahmslosigkeit hineingezogen. Beispiele für solche Beziehungen findet jeder bei sich, wenn sich jeder nur mal ein Weilchen ephemer Nachdenkens schenken würde.

Es ist Sonntag nachmittags. Mutter hat sich ein bißchen hingesetzt. Plötzlich legt Vater die Zeitung hin: „Also los, wir wollen nach Dingsdorf gehen!“ Paniksum. Ohne Widerrede erhebt sich Mutter, macht Brot zurecht, die Kinder machen sich fertig.

„Da kannst wohl nicht pünktlich sein!“ lautet die bessere Hälfte ihrer Ehefrau an, der auf dem Nachhauseweg irgendwie aufgehalten wurde.

„Das geht dich gar nichts an, machst du heute abend schon wieder gehe, du vertrittst ja doch nichts davon!“ Derartige Erörterungen sollen des öfteren abgegeben werden von liebevollen Ehepartnern.

Solches Verhalten der Eheleute miteinander verhilft dann eine Stimmung, die mit Worten schwer zu umschreiben ist. Daß man sich über sei, daß man sich nicht vertage, so weit wegen die beiden nicht zu denken. Die Frauen trösten sich untereinander damit, daß das ja nun einmal so sei, die eigene Mutter legt oft genug, das hätte die Mann eben gemacht. Sehr viele Ehemänner sind auch bereit dabei zu stehen, an ihre Frau irgendwelche geläufige Äußerung zu stellen. Beide bewegen sich miteinander in Dingsdorf, die ein heimliches Zeichen dafür ist, daß man innerlich weit voneinander entfernt ist, ohne wirklich innerlich jemals einander näher gewesen zu sein. „Ich besitze dich, sage dich!“ Der man am liebsten von beiden ist, der sich herabschreit. Entweder hat dann ja die Frauen an oder er ist der Diktator.

Es ist keine so, als hätte sich jeder zu schäme vor, zu sagen: „Also hat mal du, ich habe das und das vor, wie heißt es da?“ Sie möchte mal deine Meinung hören.“ Warum kann dann nicht so sein? Man verhandelt schließlich über Vertragsbedingungen, aber Ergänzungen im Haushalt oder in der Bekleidung, ohne jemals Partner gleich mit einer fest beschriebenen Forderung gegenüberzutreten. So möchte dann ein Wort das andere geben, aber ohne bang und klamm. Das wäre

dann ein Verhandeln, bei dem man sich schon irgendwie einigen würde. Man braucht auch nicht heute gleich zu einem Ergebnis zu kommen, das ganze könnte vertagt werden. Eine Sache sieht ganz anders aus, wenn man mal darüber geschlafen hat. Solche Verhandlung braucht nur nicht stundenlang zu dauern. Sie ist auch nicht an den Ort gebunden. Aber es kommt bestimmt mehr dabei heraus, als wenn man sich gegenseitig vor die vollendete Tatsache stellt. Die ist an sich oft halb so wichtig als sie scheint. Nur durch den Vorn, mit dem sie einem aufgetischt wird, und durch die Seelenfülle, die sie einem aufzeigt, erscheint sie oft so tiefhaft.

Es ist ja keine neue Weisheit, daß der Ehepartner ein gleichberechtigter Mensch ist. Um so verwunderlicher ist es nur, daß man ihn als nicht so ganz verhandlungswürdig in den eigenen vier Wänden ansieht. Das sollte auch mit auf der „Geschäftsordnung“ des Ehebandes stehen: daß man mit seinem Partner anständig „verhandeln“ will. Warum in die Ferne schweifen ...?

## Dein Kind fragt

Aber nicht selten wird es mit der Bemerkung abgepeitert: Laß mich in Ruhe; ich habe keine Zeit! Das soll aber manchmal nichts anderes heißen als: Ich habe keine Lust, zu dir hinabzusteigen; du bist mir zu dünn! Gemüts wird auch der rechte Erziehler nicht jeder Frage die gleiche Beachtung schenken. Das Kind stellt ja so manche Fragen, wo entweder niemand befriedigend antworten kann oder die eigentlich kaum eine Antwort verlangen. Manches Kind gefällt sich sogar darin, knifflige Fragen zu stellen, weil es schon weiß, daß es darauf keine Antwort bekommt, daß die Mutter sie höchstens als Ausgangspunkt für einen leichten Scherz benutzt.

Wie lassen manchmal aus dem Wasser aufsteigen, so manche Frage aus dem bewegten, flutenden Innenleben des Kindes. Es treibt sein Spiel mit seinen Eindrücken und läßt sich leicht von seinen Vorstellungen leiten. Jean Paul bemerkt in seiner köstlichen Erziehungslehre, der Sebana: In den ersten fünf Jahren sagen die Kinder kein wahres und kein falsches Wort, sie schwören nur. In solcher Flandersucht und Schwabhaftigkeit wird das Kind eine Antwort manchmal kaum erwarten, weil es im nächsten Augenblick oft schon wieder andere Dinge im Kopf hat. Aber im allgemeinen verdienen Kinderfragen doch eine ernste Beachtung, einmal weil sie uns einen Einblick in die Seelenwelt des Kindes verschaffen, zum andern, weil das mutter Gepolter eines unbefangenen Kindes immer erfrischend und erheitend auf ein noch so ernstes Gemüt einwirkt. Eine Zeit mit so williger Hingabe an uns, so herzerquickender kindlicher Unbefangenheit lehrt im ganzen Leben nicht mehr wieder, und es wäre wirklich dieses Glück nicht auszulassen. Besonders wichtig sind die ernsthaften Fragen des Kindes zu nehmen.

Mein kleiner Sohn fragt hin und her, fragt manches schon, was mir zu schwer, drängt nach Entwicklung und Wahrheit!

Die Ursache zur Kinderfrage liegt in der Schwäche des Kindes und Stärke der Erwachsenden und in Kinderfragen. Das Kind ist unwissend, unfähig; es sieht, wie die Eltern scheinbar alles können und wissen; es hat auch ihre Liebe tausendfach erfahren, ihre Güte gemerkt, und so wagt es die Glorie an die Macht, aus Wissen der Eltern immer weiter im jungen Herzen. Das liegt in solchen Fällen der eigenen Unwissenheit, der Hilflosigkeit wohl näher, als daß bei den Großen die fehlende Sicherheit zu holen und eben zu fragen?

Manchmal wird ja die Kinderfrage nur der Ausfluß eines plötzlichen Einfalls, bisweilen aber auch das Ende eines mehr oder weniger langen Gedankenganges sein. Das normale Kind macht sich über die Dinge seiner Umgebung keine eigenen Gedanken. Es richtet den Sinnen Beziehungen nach seiner Einbildung an und dabei fragt es wenig nach Vernunft und Wirklichkeit. Wird es aber größer, so beginnt sein Verstand zu laubieren, so will es die wirkliche Welt begreifen. Es denkt nach, bildet eine Gedankenreihe, stellt wohl, kann den begonnenen Faden nicht weiterspinnen, durchläuft die Gedankenreihe nochmals, weiß wieder keinen Ausweg, nun, und dann fragt es eben.

Und solche Fragen sollten wir auf keinen Fall unbeachtet lassen; denn sie bieten uns fruchtbarste Erziehungsgelegenheit. Sie sind zunächst ein Schlüssel zu der kindlichen Innenwelt. Wie ein Blick eine Gegend auf einmal erkennt, so rückt manchmal eine Kinderfrage ein verborgenes Geheimnis ins Licht. Und ist nicht jede ernstliche Frage ein Beweis inneren bewegten Lebens? Das physiologische, das psychologische Kind fragt wenig. Je empfänglicher aber die Sinnesorgane und je größer die geistige Reife sind, um so öfter wird sich der Kind einer unzufriedenheit Neugierde, einer Art Forschergeist einstellen. In der Schule ist der Unterrichtsbedarf oft in Frage gestellt, weil die freiwillige, dem Stoff von selbst entgegenkommende Teilnahme mangelt. Wenn dagegen das Kind fragt, ist man auch seiner Aufmerksamkeit fähig. Der Same, der dabei in dem Herz gesät wird, schlägt Wurzel und wächst weiter. Das Kind ist nun mit seinen Fragen auch in gewissem Sinne Führer; es gibt uns Fingerzeige, wo wir einhalten sollen, in welcher Richtung sich unsere Belehrung bewegen möchte.

Mit Recht wird daher auch heute in der Schule der Frage eine größere Bedeutung beigegeben. Früher war sie nicht selten verpönt, galt vielleicht als ungehörig, vielleicht als nachweis; heute macht man sie gern zum Ausgangspunkt des Unterrichts, und es spricht für den guten Zustand der Schule, wenn das Kind viel fragt und der Lehrer ihm antwortet. Im Hause führen Kinderfragen oft eine glänzende Gelegenheitsbeziehung herbei; diese Gelegenheiten sind immer günstig auszuwerten und der weise Erziehler wird sie daher, um mit Geduld zu reden, gern bei der Stirnlampe fassen und festhalten.

In der häuslichen Erziehung gewinnen die Kinderfragen eine noch größere Bedeutung als in der Schule. Vor vielen anderen Kindern ist das Kind das junge Kind manchmal, den Mund zu öffnen, auch läßt die Eltern auf der einen Seite, die Unnahbarkeit und Würde auf der andern nicht immer unbefangenes Fragen zu. Aber das ist nicht die Sache. In den Eltern steht das Kind im veränderten Verhältnis, ihnen offen es sein jugendliches und empfindliches Gemüt. Es werden sich dann seine Fragen vom Herz zum Herzen. Mit Eltern werden glänzend und die Kinder mit uns. Daher läßt die Kinder immer fragen, und läßt sie es nicht unpaßt tun!

## Die Sorgen der besseren Frau

Im Nebenpiegel, der Wochenbeilage des Berliner Tageblattes (Nr. 33), haben wir unter der Überschrift „Unsere Sorge!“ eine Notiz, in der es heißt: ... Seine Frau wird eine Kame beschreiben, die so täglich jahraus jahrein, die nämliche Kleidung trägt. Ist es das eine eine Kame, angefüllt des gefüllten Kleiderstrandes zu haben: „Ich weiß nicht, was ich anziehen soll!“ Eben das ist die allgemeine Pflicht der eleganten Frau, Reis „ent“ anzugucken zu sein; und das bedeutet „passen“. Die Kame braucht nicht an überlegen, denn ihr Tag ist immer mit den gleichen Pflichten erfüllt. Aber die „weilliche“ Frau, die gekleidet wird von einer Verpflichtung zur andern, deren Tag einem kostbaren Stück von Dispositionen gleicht. Ihre Stärke muß es sein, daß sie wissen, welche Fälle die rechte ist, um ohne Anstoß durch den Strom der Welt zu gleiten.

Denn es ist schwerer, gegen das Gerkömmliche anzukämpfen, als sich der Mode zu unterwerfen.

Es ist in der Tat eine Wonne, angefüllt des gefüllten Kleiderstrandes zu stehen: „Ich weiß nicht, was ich anziehen soll!“ Wenn dieser Auspruch den Ehepartnern nicht immer angenehm in die Ohren klingt, so ist es doch bezeichnend, daß ein gefüllter Kleiderstrand als etwas Selbstverständliches gilt. Die besseren Frauen werden von einer Verpflichtung, ihres Leetschwabbeleit, Tang, Kaffeekaffee, Schmuspartie usw., zur andern gehen. Deshalb müssen sie sich an Tage des öfteren umziehen. Demgegenüber vergleiche man die Lage der berufstätigen Frauen und Mädchen, die jahraus jahrein nicht von einer Verpflichtung zur andern, sondern von und zur Arbeit stelle gehen werden. Der Kleiderstrand der arbeitenden Frau ist nicht gefüllt, sondern sehr leer. Die zwei Welten, die in Deutschland zusammenleben, werden treffend charakterisiert durch die obige Notiz über das Wohlleben einer kleinen Bevölkerungsschicht und die wirtschaftlich gedrückte Lage der großen breiten Masse.

## Landesväter als Menschenhändler

Die deutschen Fürsten waren alle ebelmütige und hochgefinte Männer. Bei Tag und bei Nacht mißten hochdieselfen sich um das Wohl ihrer Landeskinde. Ihre Gemahlinnen, gleichfalls abelig gefinnt, halfen dabei in nachahmenswerter Hingabe mit. Sie wurden darum Engel, Biegegestalten und Vorbilder für die deutsche Frau genannt. Die Fürsten aber wurden als groß, weise, edel, tapfer, leutselig, Freund der Armen, Vater der Waisen und ähnliches mehr gepriesen. Kein anderes Land hatte solche eble Fürsten aufzuweisen. — Das war übrigens jedern Schulfeld bekannt. In den Schulfeldern stand das geschriebene, an den nationalen Feiertagen wurde es laut verkündet, Professoren füllten damit dicke Bücher und die Kirchen flehten die Gnade des Himmels auf die guten Landesväter und ihre erlauchten Familien herab.

Wo Schule, nationale Festsprecher, Schulmeister und Professoren dermaßen um die Bette Logen, konnte es nicht ausbleiben, daß die Masse des Volkes tatsächlich der Meinung wurde, die Landesväter seien wahrhaftige Edelgestalten. In Wirklichkeit waren sie gemeine Verbrecher, die ihre Landeskinde auspreßten, martierten oder als Schlachtoch für möglichst viel Bargeld verkauften, wenn sie sie nicht selbst für Land- oder Geldgewinn schlachteten. Da die Fürsten aus ehrlichem Genuß nicht die Riesensummen aufzubringen vermochten, die sie für ihre straffälligen Marretorien und für ihre Wittresen brauchten, suchten sie die Summen aus dem Blute ihrer Untertanen zu pressen. Angefichts der Mittelsten, die die Herren von Gottesgnaden an ihren Landeskindern verübten, erhebt einem das Herz. Man sucht in allen Sprachen vergeblich nach Worten, um die Handlungen der gekönten Sinnen auch nur annähernd zu kennzeichnen. So sehr sie sich auch beneinander untereinander wuchsen, in der Gemeinheit waren sie sich gleich. Nur ein paar prächtige Ausnahmen haben sich von dieser Regel ab.

Zur Kennzeichnung der deutschen Fürsten sei heute der Menschenhandel eines braunschweigischen Fürsten mitgeteilt. Die Angaben sind dem Buche von Franz Mehring, Die Besing. U e g e n e entnommen. Diese Schrift sei jedem empfohlen, der sich über die deutsche Schmach und über die Beschaffenheit derer unterrichten will, für die das Volk schufete und blutete, für die die Professoren, die männlichen Professoren der Monarchie, Salsacher füllten und für die in den Kirchen gebetet wurde. In der Besing-Legende heißt es unter anderem:

Im Jahre 1776 verkaufte der Erbprinz und spätere Herzog Carl Wilhelm von Braunschweig 4300 Mann an England für den Krieg mit den amerikanischen Kolonien, im Jahre 1788 3000 Mann an die niederländischen Generalstaaten, im Jahre 1795 wieder an England 1900 Mann. Verweilen wir ein wenig ausführlicher nur bei den ersten und berühmtesten dieser „Finanzreformen“! Am 9. Januar 1776 schloß der englische Oberst William Faunt mit dem braunschweigischen Minister Feronce den Vertrag ab, wonach der Herzog von Braunschweig sich verbindlich machte, ein Korps von insgesamt 4300 Mann Infanterie und leichter Kavallerie zur Verfügung der englischen Regierung zu stellen, wogegen sich diese zu einer Subsidie verpflichtete, die vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages beginnen und einfach sein, das heißt auf 64.500 deutsche Taler jährlich steigen sollte, solange die Truppen den englischen Sold genossen. Von der Zeit an, wo die Truppen aufhörten, den Sold zu beziehen, sollte die Subsidie verdoppelt werden und also auf 129.000 Taler steigen und diese doppelte Subsidie sollte zwei Jahre nach der Rückkehr der Truppen nach Deutschland fortbauern. Ferner erhielt der Herzog für jeden Mann ein jährliches Werbegelb von 30 Talern und als Entschädigung für jeden Getöteten 40 Taler, endlich ebenfalls für je drei Verwundete.

Die verkauften Truppen kämpften über sieben Jahre in Amerika. Sie erhielten aus Braunschweig jährlich Nachschub an Ersatzmannschaften, und zwar stellt sich die Rechnung so:

Braunschweig verkaufte im Jahre 1776	4300 Mann
Ersatzmannschaften im März 1777	224
„ April 1778	475
„ April 1779	236
„ Mai 1780	286
„ April 1782	172
<b>Darvon kehrten im Herbst 1783 zurück</b>	<b>5728 Mann</b>
<b>Also Verlust</b>	<b>2708</b>
<b>Also Verlust</b>	<b>3016 Mann</b>

Indessen würde man Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig allzu hoch taxieren, wenn man annehmen wollte, daß diese 3016 von ihm gemorbeten Landeskinde alle auf dem Schlachtfelde getöteten seien. Der elende Hude befahl vielmehr, die Krüppel und Verwundeten hilflos in Amerika zurückzulassen. Er schlug also für seine Wohlgefühle einen dreifachen Profit aus diesen unglücklichen Menschen: erst verkaufte er ihren gesunden Leib, dann ließ er sich für ihren verbleibenden Leib entschädigen und endlich sparte er Inhabersold, indem er die Erwerbsunfähigen in der Fremde bekommen ließ. Was Wunder, daß er bei dieser glorreichen „Finanzreform“ über fünf Millionen Taler Bargewinn eintrug.

## Kennzeichen

„Da haben sie den Hochstapler Finnemann verhaftet!“  
„Den gerissenen Kerl?“  
„Ja — er hatte sich im Hotel als Amerikaner angemeldet und hat sich bei Tisch so benommen, als trünke er überhaupt keinen Tropfen Alkohol. Na — und da hat ihn der Ober sofort als Nicht-Amerikaner erkannt!“

## Wette Ansicht

Frau (ihren Mann aus der Kneipe holend): „Zum wirde aber Zeit, daß du endlich mal nach Haus kommst!“  
Mann: „Wie spät ist es denn schon, Fräulein?“  
Frau: „Komm nur nach Haus, dort wirst du schon erfahren, was die Stunde geschlagen hat.“

## Galgengasse

Großstädtischer Sommerfrischer (im häuerlichen Wette von Banzen geplant): Merdourdu, soich kleines Dorf und dabei diefes lebhafteste Radtleben!



# Gesundheit



## Der billige Jakob

Bei der Arbeitslosenversicherung soll gespart werden. Der zur Beratung der Reform eingesetzte Sachverständigenausschuss hat alle Möglichkeiten erörtert. Dabei hat er sich auch mit der Frage einer Neuregelung der Krankenversicherung der Arbeitslosen beschäftigt. Wie jetzt bekannt wird, hat bei dieser Gelegenheit der Verband privater Krankenversicherungsanstalten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Angebot gemacht, das auch bei der Behandlung im Reichstag von einem Deutschen Volkspartei-er Abgeordneten begründet wurde. Zwar wurde der Antrag abgelehnt, wodurch aber diese reaktionäre Gefahr keineswegs gebannt ist. Das Angebot bewegte sich auf folgender Grundlage:

1. Der Verband privater Krankenversicherungsunternehmungen Deutschlands e. V. ist bereit, die Krankenversicherung der Arbeitslosen zu übernehmen. Er hält es aber für richtiger, dies nicht allein zu tun, sondern ein genossenschaftliches Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von etwa 2 Millionen Mark zu gründen, dessen Aktien im wesentlichen der Verband und die Reichsanstalt übernehmen. Er ist aber auch bereit, die Versicherung allein zu übernehmen.

2. Der Verband will die Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung übernehmen.

3. Der Verband will eine Vereinbarung mit dem Verband der Ärzte Deutschlands oder dem Deutschen Ärztebund schließen, nach welcher für jeden Arbeitsamtsbezirk mindestens ein Vertragsarzt unter Gewährung fester Jahresbezüge angestellt wird. Bei städtischen Bezirken, in denen durchschnittlich mehr als 200 000 Arbeitslose einschließlich Familienangehöriger innerlich eines Kreises von 2 Kilometer Radius vorhanden sind, soll ein Vertragsarzt auf 2000 Personen bestellt (was sagen dazu die Herren Ärzte?) — ebenso soll den besonderen Verhältnissen räumlich ausgedehnter ländlicher Gebiete Rechnung getragen werden.

4. Der Verband verlangt für jeden Krankenversicherter Arbeitslosen und jeden Unterstützungstag an Beiträgen 0,12 M., wenn er das Krankengeld nicht mit übernimmt und etwa 0,16 M. einschließlich Krankengeld. Nach diesem Vorschlag würde die Krankenversicherung bei einer Durchschnittszahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen im Jahre 47,18 Millionen Mark ohne Krankengeld und 60,5 Millionen Mark mit Krankengeld kosten. Demgegenüber sind bei der jetzt gültigen Regelung mit den Krankenkassen der Reichsversicherungsordnung für 1,1 Millionen Versicherte 118 Millionen Mark aufzuwenden, so daß sich eine Ersparnis von 54,5 Millionen Mark errechnet.

Dieses Angebot des Verbandes privater Krankenversicherungsunternehmungen geht davon aus, daß die Krankenversicherung der Arbeitslosen ganz ungewöhnlich verschleiert werden soll. Es sollen nur die Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung übernommen werden, das heißt die Familienangehörigen der Krankenversicherter Arbeitslosen, die bisher ebenfalls von den gesetzlichen Krankenkassen Krankenpflege erhielten, würden bei einer solchen Durchführung der Krankenversicherung keine Ansprüche mehr erheben können. Daneben würde auch für die Versicherten die Gewährung von Krankenhospitalpflege nicht mehr in Frage kommen. Die Mehrleistungen der gesetzlichen Krankenkassen auf dem Gebiete der Kranken- und Wundpflege und beim Sterbegeld würden sämtlich wegfallen, so daß die Krankenversicherter Arbeitslosen trotz ihrer Beitragsleistung bei gesetzlichen Krankenkassen bis zur Arbeitslosigkeit gerade in der Zeit, wo sie im Krankheitsfalle die Hilfe einer Krankenkasse am nötigsten brauchen, mit ihren Ansprüchen so gestellt wären, daß zu der Not der Arbeitslosigkeit die durch eine Krankheit hervorgerufene Not verschärft ins Gewicht fallen würde.

Der Vorschlag wäre für die privaten Krankenkassen ein glänzendes Geschäft. Die gesetzlichen Krankenkassen sind in der Lage, diese vorgeschlagenen Leistungen mit viel geringeren Kosten durchzuführen (Verwaltungskosten je Kopf des Versicherten bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen 5,17 M., bei den privaten Krankenkassen 13,06 M.). Wäre die Sozialversicherung ein Geschäft, so würden wir es für notwendig halten, uns eingehender über diese Art von „Konkurrenz“ auszulassen. Wir glauben aber, daß ohne dies auch unsere Wirtschaftspolitiker sich an den alten Erfahrungssatz halten werden: „billig und schlecht“ ist keineswegs „wirtschaftlich“ und der „billige Jakob“ hat sich schon oft als der größte „Deutschnneider“ entpuppt. Hier wollen wir davon absehen, uns mit dieser Seite der Angelegenheit zu beschäftigen, denn wir halten es für unmöglich, daß Reichsregierung und Reichstag sich bereit finden, solche Experimente mit den von der Not des Daseins schon hart genug getroffenen Arbeitslosen zu machen.

## Wie verhalte ich mich bei Blutungen?

Eine plötzlich auftretende Blutung ist gewöhnlich ein aufregendes Ereignis. Fast immer wird aber zum Glück vom Laien die Gefahr weit unterschätzt. In der Regel droht dem gefundenen Erwachsenen die Gefahr des Verblutens erst beim Verlust seiner halben Blutmenge. Das ist bei einem Körpergewicht von 60 Kilogramm das tatsächliche Maß von über 2 Liter. Je schneller die Blutung erfolgt, desto größer ist natürlich die Gefahr; nur eine kleine Gruppe von Menschen ist auch schon durch langjam erfolgreiche Blutungen gefährdet. Das sind die Frauen, jene abnorm Veranlagten, in deren Blut die Gerinnbarkeit stark herabgesetzt ist. Schon an einer geringfügigen Gelegenheitswunde oder beim Zahnzischen können sie sich verbluten, weil die Blutstillung nicht gelingt.

Oberstes Gebot bei jeder Blutung ist die Blutstillung. In zweiter Linie kommt die Bekämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut in Betracht. Die Blutstillung gelingt am einfachsten bei Blutungen aus äußeren Wunden. Ein fest gegen die Wunde angelegter Verband aus feinstem Verbandstoff, im Notfall aus frisch gewaschenem Leinen, mittels eines Lagers oder einer Wunde befestigt, dazu bei Blutungen an den Armen oder Beinen die Hochlagerung der entsprechenden Gliedmaßen bringt den rsten Strom in vielen Fällen fast sofort zum Stillstand. Auch Blutungen aus geplatzten Kapillaren, wie sie selbst die Keimern, hellrot spritzenden Schlagaderblutungen hören unter dieser Behandlung auf oder lassen sich mindestens solange in Schach halten, bis ärztliche Hilfe erreichbar ist. Bei größeren Schlagaderblutungen wird man zunächst ebenso verfahren. In bedrohlichen Fällen aber zugleich das ganze Glied oberhalb der blutenden Wunde mittels eines Gummischlangens, eines Niemens, eines Hosenträgers oder eines elastischen umschürzen, vor allen Dingen aber für sofortige Überführung ins Krankenhaus sorgen, damit das blutende Gefäß durch die Naht verschlossen werden kann. Viel leichter läßt sich in der Regel Nasenbluten beherrschen. Es steht meist schon, wenn der Patient den Kopf hochrichtet, den Nasenflügel derjenigen Seite, aus der das Blut kommt, fest gegen die

Nasenscheidewand preßt, den Hals vom engen Kragen befreit und kalte Umschläge, wozüglich einen Eisflaß in den Nacken und auf die Stirn legt. Nur in den seltensten Fällen gelingt es auf diese Weise nicht, eine Nasenblutung zu stillen; dann ist der Arzt zu Rate zu ziehen, der durch Verätzung oder Verätzung der blutenden Stelle, im Notfall durch Ausstopfen der Nase (die sogenannte Tamponade) auf rasche Weise bringen kann.

Weit ernster aufzufassen sind die hellrote, schaumvermengte Augenblutung und die bräunliche, kaffeesatzartige Magenblutung. Gewiß kann in einer so verantwortungsvollen Lage, wie sie eine Lungen- oder Magenblutung darstellt, die Behandlung nur vom geschulten Arzt richtig geleitet werden, der darum so schnell als möglich hinzuziehen ist. Viel, sogar sehr viel hängt aber auch vom richtigen Verständnis der Umgebung des Kranken für die Anordnungen des Arztes ab. Alle überflüssigen und aufgeregten Angehörigen sind aus dem Krankenzimmer zu entfernen, damit der Kranke nicht noch mehr aufgeregert wird. Dazu ist um so weniger Veranlassung als die Erfahrung lehrt, daß zum Glück selbst beträchtliche Blutstürze kaum je das Leben unmittelbar gefährden. Neben der seelischen Beruhigung ist für völlige Körperruhe zu sorgen. Es empfiehlt sich dabei, soweit vom Arzte nichts anderes bestimmt wird, Bettruhe in Rückenlage, beim Lungenkranken am besten mit gut erhöhtem Oberkörper. Ein leicht erreichbares blutstillendes Mittel ist die Eisblase, die allerdings wegen der Gefahr einer Erfühlung nur für kurze Zeit hintereinander (eine Viertel- bis eine halbe Stunde) beim Lungenkranken in den Nacken oder auf die Brust, beim Magenkranken auf den Leib zu legen ist.

Fälle, bei denen trotz amschäufigster Behandlung eine Blutung nicht zum Stehen kommt, sind im allgemeinen selten. Dann kommt, wenn auch die Einspritzung gerinnungsbefördernder Mittel unter

der größte Feind ihrer organisierten Bekämpfung. Wir waren bis jetzt gewohnt, die Schwere einer Volkskrankheit nach ihrer Sterblichkeitsdifferenz zu beurteilen, und wir haben erst in neuester Zeit Gelegenheit, einen anderen Maßstab anzulegen, den ihrer sozialen Auswirkung. Die organisierte Bekämpfung der rheumatischen Erkrankungen befindet sich daher erst in ihren allerersten Stadien; aber die Energie, mit der sie in allen Kreisen in Angriff genommen wird, darf uns dazu berechtigen, zu hoffen, daß auch hier der Lohn der Arbeit nicht ausbleibt. Wir dürfen es mit besonderem Dank begrüßen, daß das Reichsarbeitsministerium die Richtlinien für das Heilverfahren, wie sie für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten bestehen, demnächst auch auf die rheumatischen Krankheiten ausdehnen wird. Damit ist von der wichtigsten Stelle die Bedeutung der rheumatischen Erkrankungen als Volkspeude anerkannt worden und damit die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln."

## Zähne im Mund — Mensch gesund

Mehr und mehr wird die Bedeutung eines gesunden und leistungsfähigen Gebisses für das Allgemeinbefinden des Menschen erkannt. Bezeichnend hierfür ist, daß sich auch der diesjährige deutsche Krankentag die von etwa 3000 Krankenkassenvertretern aus allen Teilen Deutschlands besuchte Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, die in Nürnberg tagte, mit den Fragen der „vorbeugenden Zahnpflege“ beschäftigt hat. Der Vortragende, Professor Dr. Rantowicz, Bonn, als einer der besten Sachkennner auf diesem Gebiete bekannt, fordert in seinen Leitfäden:

„Die Erhaltung der Zähne ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesunderhaltung des Volkes. Die Erhaltung der Zähne bei anfallender Pulpa ist zwar praktisch möglich, verursacht aber beachtliche Kosten, die die Durchführung vorbeugender Maßnahmen nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit geworden ist. Alle Anstrengungen müssen daher darauf gerichtet sein, die konsequente Zahnbehandlung durch wirksame Vorbeugungsmaßnahmen allmählich überflüssig zu machen.

- Die vorbeugenden Maßnahmen bestehen in folgendem:
1. Verbesserung des Zahnmateriells durch Bekämpfung der Karies, durch die die Verschlechterung der Zahngesundheit in den letzten Jahrzehnten verschuldet wurde.
  2. Systematische Bekämpfung der Zahnkrankheiten durch die Schulzahnpflege.
  3. Planmäßige Fortsetzung der Arbeit der Schulzahnpflege bei den jugendlichen Erwerbstätigen mit Hilfe der Krankenversicherung.

Zu fordern ist die Ausdehnung der Schulzahnpflege auf alle Fortbildungspflichtigen. Die Leistungen der Schulzahnpflege müssen auf die völlige Verhütung der Karies gerichtet sein. Zur Durchführung dieser erweiterten Schulzahnpflege ist die Mitwirkung der Krankenkassen bringen erforderlich.

Aufgabe der Krankenkassen muß es weiterhin sein, die jugendlichen Erwerbstätigen auch nach der Entlassung aus der sozialen Gebundenheit der Schule für die Fortsetzung dieser planmäßigen Vorbeugungsmaßnahmen zu erfassen. Zu diesem Zwecke ist zu fordern, daß die jugendlichen Erwerbstätigen jährlich einmal untersucht und erforderlichenfalls einer geeigneten Behandlung zugeführt werden. Dabei wäre die soziale Gebundenheit an den Betrieb nutzbar zu machen."

Unter den erwähnten „planmäßigen Vorbeugungsmaßnahmen“ ist in erster Linie die Reinhaltung der Zähne, das tägliche, mehrmalige Putzen zu verstehen, das durch frühzeitige Gewöhnung zur ständigen und selbstverständlichen Übung werden muß.

## Leisten- und Schenkelbrüche

Diese Brüche entstehen entweder ganz allmählich und werden oft nur zufällig entdeckt, oder sie entwickeln sich plötzlich, unter mehr oder minder großen Schmerzen, zum Beispiel beim Heben schwerer Gegenstände, durch Fall, Sturz von der Treppe oder Leiter usw.

Schon die Erkennung eines Bruches ist dem Laien in der Regel nicht möglich. Denn nicht jede Wunde in den Bruchgegenden ist ein Bruch; eine Geschwulst, eine Drüsenvergrößerung kann vorliegen, und Irrtümer nach dieser Richtung hin können schweren Schaden anrichten. Aber angenommen, es handele sich tatsächlich um einen Bruch, so wäre es durchaus falsch und in hohem Grade gefährlich, wenn der Laie sich irgendein Bruchband kaufte oder die Wunde dem Bandagisten überließ. Gewiß, es gibt genug Bandagisten, die ein richtiges, gut sitzendes und seinen Zwecken wirklich dienendes Bruchband auszuführen in der Lage sind. Im allgemeinen aber tut man gut daran, einen Arzt aufzusuchen, schon um sich davon zu überzeugen, daß die Diagnose „Bruch“ nicht falsch ist. Ein ungeeignetes, nicht ganz genau sitzendes Bruchband macht nicht nur Beschwerden, sondern es bedeutet nicht selten direkt Lebensgefahr! Denn jeder Bruchleidende ist dann — wobei zu betonen ist, daß auch ein gutes Bruchband nicht immer passend bleibt, vielmehr sich im Laufe der Zeit durch Schabhaftwerden, Veränderungen des Bruchs und dergleichen ergeben kann, daß ein anderes Bruchband an die Stelle des alten treten muß — in Gefahr, daß der Bruch sich plötzlich einlemt.

Und Brucheinlemtung ist ein höchst gefährliches Ereignis! Es muß eindringlich davor gewarnt werden, daß der Laie Versuche macht, den sich nicht wieder leicht zurückziehenden Bruch mit Gewalt zu bearbeiten. Dies nützt nichts und kann die Sache ungemein verschlimmern. Aber man warte auch nicht ab, daß der Bruch vielleicht später doch noch zurückginge. Unbeseitigt und Erbrechen, Aufblähung des Leibes, rascher Verschfall des Kranken würden die Folgen sein, so daß auch ärztliche Hilfe zu spät käme. Nein, ein Arzt ist so rasch wie möglich anzurufen; ihm gelingt es dann oft, auf unblutigen Wege Hilfe zu schaffen und, wenn nicht so, doch durch Operationen, die heutzutage als ungefährlich bezeichnet werden müssen, die Einklemmung mit ihren Gefahren zu beseitigen. Schon eine Stunde Verzögerung hat bisweilen unheilvolle Folgen gehabt. Aber auch ohne Einklemmung müssen manchmal Brüche operiert werden, und ein Bruchband kann schließlich wirken. Also noch ein Grund, bei jedem Bruche oder was man dafür hält, sofort den Arzt zu befragen.

San.-Rat Dr. Graefer.

## Wind und Lungentuberkulose

Die Frage nach der Bedeutung des Klimas für Entstehung und Verlauf der Lungentuberkulose ist neuerdings in Frankreich Gegenstand eingehender Beobachtungen gewesen. Es stellte sich dabei heraus, daß derjenige Teil der Bevölkerung, der „starke regenbringenden und vorherrschenden Winden“ ausgesetzt ist, wesentlich mehr unter Lungentuberkulose zu leiden hat als die anderen, die in windstilleren Gegenden leben. Bei der ersten genannten Gruppe ist die Häufigkeit der Erkrankungen an Lungentuberkulose weit höher, die Sterblichkeit ungleich bedeutender, dagegen ist die Zahl der Heilungen viel geringer als bei der zweiten klimatisch günstiger gestellten Gruppe. Vor allem scheint die Statistik dafür zu sprechen, daß weniger die Feuchtigkeit als die Wirkung des Windes ausschlaggebend ist. Starke und häufige Winde lösen schädliche Abkühlung und Ermüdung des Organismus aus und setzen auf diesem Wege die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen die Tuberkulose herab.



die Haut oder in die Blutader verlagert, als letztes Mittel die Operation, bei der Augmentblutung die künstliche Gasbrust, bei der Magenblutung die Übernähung der blutenden Stelle in Betracht. Die Hämorrhoidalblutung ist nur selten so stark, daß sie nicht durch festes Zusammenpressen der Gefäßhälfen unter Zuhilfenahme blutstillender Salbe oder Zäpfchen zum Stillstand käme. Kommt man damit allein nicht aus, dann ist der Eisumschlag, der mit blutstillenden Mitteln getränkte Druckverband oder die Ausklopfung des Stiers mittels eines fingerhaken circa 20 Zentimeter langen, mit Jodoformgaze umwickelten Gummirohrs und letzten Endes, wenn alles dies nichts nützt, die Hilfe des Chirurgen am Platze.

Mit der Bekämpfung der durch den Blutverlust hervorgerufenen Blutarmut — sie äußert sich in Blässe des Gesichtes, Erschöpfung, Durch- in schweren Fällen in Schwindel vor den Augen, Ohrensausen, Schwindel und Ohnmacht — soll nicht eher begonnen werden, bis die Blutung verlässlich, aber auch wirklich verlässlich besorgt ist, sonst könnte es vorkommen, daß die Blutung wieder von neuem beginnt.

Dr. med. Elisabeth Fink.

## Die rheumatischen Erkrankungen und ihre Bekämpfung

Mit den feuchtkalten Herbstmonaten beginnt wieder die Hauptleidenzeit der Rheumatiser. Es werden sich daher gerade in dieser Zeit viele den modernen Bestrebungen zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit zuwenden. Das es sich um eine Volkskrankheit größten Umfangs handelt, ergibt sich aus dem statistischen Material der Krankenkassen. Einer der erfahrensten Fachmänner, Dr. Zimmer, hat auf Grund dieses Materials festgestellt, „daß sowohl für die Krankenkassen wie für die Landesversicherungsanstalten die Zahlen, die durch die Erkrankungen der Bewegungsorgane und unter diesen besonders durch die rheumatischen Leiden entstehen, viel größer sind als die Zahlen, die durch die Gesamtheit der tuberkulösen Krankheiten hervorgerufen werden“. Da es sich dabei um eine Erscheinung handelt, die keineswegs an den Landesgrenzen halt macht, und da erfahrungsgemäß wissenschaftliche Forschung und Bekämpfung von Gesundheitschancen am erfolgreichsten auf breiter Grundlage unternommen werden kann, wurde im Jahre 1926 ein Internationales Komitee zur Erforschung und Bekämpfung des Rheuma gegründet. Auch in Deutschland besteht eine Sektion dieses Komitees, der es gelungen ist, das allgemeine Interesse der Sozialversicherungsträger und der wissenschaftlichen Kreise zu gewinnen. Der Schriftführer der Deutschen Gesellschaft für Rheumabekämpfung schlägt seine im Jahrbuch der Krankenversicherung 1927 veröffentlichten Ausführungen über die bisher gemachten Erfahrungen mit folgenden Worten:

„Eines können wir aber jetzt schon mitteilen, daß nämlich bei diesen Bestrebungen die Träger der sozialen Versicherung, insbesondere die Krankenkassen, in erster Linie stehen. Die Krankenkassen besonders deshalb, weil hier die rheumatischen Erkrankungen in ihren Anfangsstadien erfaßt werden können. Das ist um so wichtiger, als für die Bekämpfung des Rheuma dasselbe gilt wie für die Bekämpfung der Tuberkulose und der anderen Volkspeuden, daß man einer Krankheit nur dann Herr werden kann, wenn man sie in den allerfrühesten Stadien erkennt und so frühzeitig wie möglich energig gegen sie vorgeht. Die Verschleppung von Krankheiten ist



# Weiterer Aufstieg der freien Gewerkschaften

## Aus dem Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1928

Die gewerkschaftliche Großorganisation Deutschlands, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, hat mit dem Jahre 1928 wieder ein Jahr günstiger Aufwärtsentwicklung hinter sich. Trotzdem die Zahl der Verbände infolge der Verschmelzung von Berufsverbänden zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter von 38 auf 35 zurückging, weisen die Mitgliederzahlen eine Steigerung auf. In Zeiten wirtschaftlicher Störungen ist das ein erfreuliches Zeichen, und noch mehr in Anbetracht der ungeheuren Verleumdungen der sogenannten Opposition und der Verhöhnungen eines Teils der Arbeiterklasse durch die Heilsapostel der verschiedensten Art.

Zahlenlisten werden nicht gerne gelesen, aber es lohnt sich doch sehr, in der folgenden Aufstellung die Zusammenziehung des freigewerkschaftlichen Millionenheers, nach Berufen geordnet, näher zu betrachten. Der zahlenmäßige Stand der letzten beiden Jahre sieht so aus:

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres 1928 zusammen	am Ende des Jahres 1927 zusammen	im Vorjahrsdurchschnitt zusammen	dar. weibl.
Baugewerksbund	458 048	402 252	435 156	445
Befleibungsarbeiter	79 797	74 076	77 884	37 505
Bergarbeiter	193 358	194 740	196 049	202
Buchbinder	57 186	53 187	55 128	37 304
Buchdrucker	83 908	81 305	82 787	—
Dachdecker	11 097	10 691	10 843	—
Eisenbahner	243 611	233 368	240 913	14 91
Fabrikarbeiter	477 335	423 059	457 557	101 685
Feuerwehrlinien	7 424	7 940	7 740	—
Filmgewerkschaft	—	—	—	—
Friseurgehilfen	4 242	3 939	4 067	491
Gärtner	10 657	9 540	10 518	1 493
Gen.- und Staatsarbeiter	257 933	228 522	243 968	37 044
Graph. Hilfsarbeiter	41 111	39 007	40 691	26 243
Holzarbeiter	313 544	293 835	306 660	21 214
Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte	29 618	25 083	27 153	7 191
Kutnarbeiter	18 165	18 178	18 509	11 818
Kupfer- und Zinnblech	7 185	6 735	7 024	—
Landarbeiter	178 098	152 880	151 273	14 604
Lebendarbeiter	37 540	38 185	37 855	7 059
Lithographen	24 181	23 205	23 719	18
Maler	56 813	48 746	53 775	245
Metallhelfer	51 777	46 259	48 588	31
Metallarbeiter	944 210	815 638	884 027	64 278
Musiker	23 509	22 864	23 055	552
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	168 575	151 808	159 636	32 205
Sattler, Tapezierer und Portiershelfer	31 406	29 618	30 614	5 227
Schornsteinfeger	2 952	2 875	2 980	—
Schuhmacher	77 233	77 907	78 834	34 919
Schweizer	12 105	11 048	11 465	119
Steinarbeiter	68 970	63 796	68 033	512
Tabakarbeiter	78 282	71 379	75 501	58 281
Textilarbeiter	310 941	300 670	308 137	177 140
Verkehrsbund	300 360	351 435	368 052	32 054
Zimmerer	110 675	101 801	107 354	—
<b>Zusammen</b>	<b>4 866 928</b>	<b>4 415 673</b>	<b>4 653 586</b>	<b>712 430</b>

¹ Nicht berichtet. ² Verschmolzen.

Daraus ist zu entnehmen, daß der Metallarbeiterverband an der Spitze steht. Nach ihm kommt der Fabrikarbeiterverband. Zu den Großorganisationen mit über 400 000 Mitgliedern gehört noch der Baugewerksbund. Die Aufstellung lehrt aber auch noch, daß noch manche Verschmelzung von Verbänden vorgenommen werden kann, wodurch unbedingt die Gesamtbewegung weiter gewinnen würde. Ein großer Zusammenschluß, der des Verkehrsverbundes mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sowie dem Gärtnerverband steht ja bereits in Aussicht, so daß daraus eine Großorganisation von 659 000 Mitgliedern entsteht. Die Bewegung ist also im Fluß, es verschmelzen sich nicht nur kleine Verbände zu größeren Gebilden, sondern auch große zu riesigen Vereinigungen.

Die Gesamtmitgliederszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 vH. Der alljährliche Rückgang bei weiblichen Mitgliedern ist nicht mehr zu verzeichnen, dafür setzte ein neuer Aufstieg ein. So wie es mit den Mitgliederzahlen aufwärts ging, so war auch bei den Einnahmen eine Aufwärtsbewegung zu sehen. Die Verbände vereinnahmten insgesamt

	1928		1927	
	1928	1927	1928	1927
Eintrittsgelder	711 813	666 551	—	—
Verbandsbeiträge	173 282 990	142 620 273	—	—
Dezillihe Beiträge	30 347 382	25 976 962	—	—
Ertragsbeiträge	1 240 580	1 016 363	—	—
Zinsen	4 370 241	3 563 279	—	—
Sonstige Einnahmen	11 743 180	8 408 898	—	—

Mit Ausnahme der Summe für Ertragsbeiträge, deren Höhe abhängig ist von dem Umfang der Ausschreibung von Steuern, weisen alle Posten höhere Summen als im Vorjahre auf. Die Beitragsleistungen sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch pro Mitglied vermehrt, und zwar von 40,87 M im Vorjahre auf 44,02 M im Berichtsjahre. Mit diesem Satz hat die Beitragsleistung nunmehr ungefähr den Realwert des Standes der Vorkriegszeit wieder erreicht.

Die Gesamtausgaben betrugen 1928 189 363 911 M gegen 129 463 897 M im Vorjahre. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 M zu verzeichnen.

	1928		1927	
	1928	1927	1928	1927
Unterstützungen	62 540 817	40 965 984	—	—
Arbeitskämpfe	32 224 377	11 358 288	—	—
Freize und Bildungsreisen	11 856 347	8 834 151	—	—
Agitation und Organisation	18 887 658	15 964 209	—	—
Sonstiges	11 873 706	9 143 065	—	—
Bewaltung	52 192 007	43 197 600	—	—

Von den Unterstützungsausgaben kamen im einzelnen auf:

Unterstützungsort	1928	1927
Arbeitslosenunterstützung	28 059 354	14 881 556
Krankenunterstützung	24 102 272	17 892 547
Invalidenunterstützung	2 900 016	2 020 451
Sterbefallunterstützung	3 343 630	2 711 095
Sonstige Unterstützungen	3 518 599	2 908 081
Schickung an Mitglieder	817 153	652 254

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verursachte eine starke Vermehrung

der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die höhere Ausgabe für Krankenunterstützung wird dagegen wohl hauptsächlich durch den allgemeinen ungünstigen Gesundheitszustand im Herbst 1928 verursacht worden sein.

Es gibt wohl keine Organisation, die durch Selbsthilfe ihrer Glieder so gewaltige Summen rüberbringt, wenn Familien und Arbeiter in Bedrängnis und Not sind. In diesem Wirken der freien Gewerkschaften liegt die größte soziale Tat, die keine andere Vereinigung unserer Zeit aufzuweisen hat. Das sollte nicht nur der einzelne Arbeiter und die Arbeiterin erkennen, sondern die Gesellschaft.

Die Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeugt davon, wie umfangreich 1928 die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen waren und ist der Beweis gegen das dumme Gerüde, daß die Gewerkschaften keine Kampforganisationen seien. Im gleichen Sinne wie die Verbände der freien Gewerkschaften kamen auch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorwärts.

Aber ihre Tätigkeit heißt es in der „Gewerkschaftszeitung“: „Sehr wertvolle Dienste leisten sie der Arbeiterklasse durch ihre Rechtsberatungsanstalten. Im Jahre 1928 bestanden an 127 Orten Arbeitersekretariate, die von besoldeten Angestellten geleitet wurden. In weiteren 305 Orten, meist kleineren, waren Rechtsanwaltsstellen eingerichtet, in denen Mitglieder in Rechtsfragen von sachkundigen Personen beraten wurden. Zur Erleichterung der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit am Ort unterhielten 46 Ortsausschüsse eigene Büros mit angestellten Sekretären. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen bestanden an 406 Orten Bildungsausschüsse und an 305 Orten Jugendausschüsse. Von 767 Ortsausschüssen wurden zur Benutzung für alle Mitglieder gemeinsame Bibliotheken unterhalten. Zur Überwachung der Bauarbeiterbestimmungen bestanden an 421 Orten besondere, aus sachkundigen Personen zusammengesetzte Kommissionen. In 114 Orten haben sich die Gewerkschaften eigene Häuser erworben, in denen sich das Gewerkschaftsleben am Ort konzentriert. Dieser Besitz repräsentiert Millionenwerte. Meist werden die Gewerkschaftshäuser von besondern, zu diesem Zweck gebildeten Gesellschaften verwaltet. Die Kassenumfrage der Gewerkschaftshäuser erscheinen nicht in den Kassenergebnissen der Ortsausschüsse.“

Wer noch genauere Angaben über das Gesamtwirken der freien Gewerkschaften im Jahre 1928 haben will, greife zum Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und versuche, sein gewerkschaftliches Wissen zu ergänzen.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928

Kürzlich ist das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1928 erschienen. Nach einer Abhandlung über die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik wird ausführlich über den Stand und die Tätigkeit der christlichen Verbände und ihrer Ortsstellen berichtet. Wir geben einen Auszug aus diesem Jahrbuch gleich zeitig mit dem Bericht des ADGB über die freigewerkschaftlichen Verbände, um unseren Lesern einen Vergleich zu erleichtern.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zählt 18 Verbände und noch die ihm korporativ angeschlossenen Verbände der Verkehrs- und Staatsbediensteten. Beide Arten von Verbänden werden in den Zahlenlisten immer getrennt angeführt. Die 18 Gewerkschaften hatten 1928 647 864 Mitglieder, die korporativ angeschlossenen Organisationen 118 479, also zusammen 766 343. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 43 784 oder gut 6 vH. Der Zuwachs verteilt sich zu recht unterschiedlichen Teilen auf alle Verbände, ausgenommen drei, die Buchdrucker, Hausangestellte und Leberarbeiter, die eine Abnahme von 725, 115 und 370 Mitgliedern hatten. Unter den 647 000 Mitgliedern der 18 Gewerkschaften befinden sich 124 000 Frauen, die 19,1 vH der Gesamtmitgliedschaft ausmachen.

Verbände	Mitgliederzahl am Ende des Jahres			Gesamt-	
	1927	1928	beson. weiblich	ernehmen 1928	ausgaben 1928
Bauarbeiter	42624	45698	—	2 474 539	1 566 801
Befleibungsarbeiter	11 378	11 522	6 226	260 131	303 544
Bergarbeiter	97 808	98 954	—	2 783 516	1 488 175
Buchdrucker	4 392	3 867	—	337 617	323 982
Buchhändler	55 388	64 393	8 000	2 444 097	1 872 458
Bauhausangestellte	17 525	19 158	1 414	1 575 120	1 373 193
Arbeitslehre u. öff. Betr.	28 930	33 708	2 787	1 159 261	994 256
Graphiker	4 465	4 923	2 328	216 514	170 980
Hausangestellte	3 587	3 472	3 472	19 924	19 720
Heimarbeiterinnen	7 124	7 255	7 255	55 607	58 376
Holzarbeiter	21 813	30 600	975	1 208 328	927 567
Landarbeiter	70 589	80 536	17 335	817 053	838 691
Lebendarbeiter	11 418	11 048	8 141	829 558	303 275
Maler	28 17	32 08	—	1 25 969	105 741
Metallarbeiter	30 044	112 678	4 603	5 094 347	5 035 863
Nahrungsmittelarb.	9 015	9 088	2 816	2 839 349	2 311 228
Tabakarbeiter	29 959	28 350	20 872	520 053	596 883
Textilarbeiter	79 198	81 136	42 967	2 457 472	2 328 322
<b>Korporativ angeschl. Verbände</b>	<b>606 784</b>	<b>647 864</b>	<b>124 139</b>	<b>22 207 513</b>	<b>18 938 998</b>
<b>Zusammen</b>	<b>1 147 275</b>	<b>1 147 864</b>	<b>—</b>	<b>24 111 361</b>	<b>—</b>

Die Stärke der christlichen Gewerkschaften ist der Metallarbeiterverband mit 112 678 Mitgliedern, der auch den größten Zuwachs, nämlich 18 634 brachte. Ihm folgen die Bergleute mit 88 954 und die Textilarbeiter mit 81 136 Mitgliedern. Die Frauen sind im Metallarbeiterverband verhältnismäßig schon stark vertreten; sie machen von seinem Bestand nur 40 vH oder 4,2 vH aus.

Wichtigster ist die Verteilung der christlichen Gewerkschaften über das Reich. In dem Jahrbuch ist die Verteilung auf die Bezirke der Landesämter angegeben. Danach stehen die höchsten Anteile der christlichen Gewerkschaften in dem stark katholischen Rheinland und Westfalen, in dem einen befinden sich 190 000 oder 25 vH, in dem andern 146 000 oder 19,2 vH. In weitem Abstand folgt Bayern mit 71 000 oder 9,3 vH und Süddeutschland mit 59 000 oder 7,8 vH. Die zahlenmäßig schwächsten Anteile weisen Preußen (80 000), die Nordmark (11 000) und der Freistaat Sachsen (21 000) auf. Streiks haben die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1928 27 allein, 103 mit anderen Gewerkschaften (soll wohl heißen mit den freien Gewerkschaften) geführt. Außerdem waren an 30 Ausperrungen beteiligt. Die Zahl der christlichen Gewerkschaftsblätter beträgt 62. Wie die freien Gewerkschaften, so haben auch die christlichen ihre Mitglieder durch den Beitritt oder Bestehen in Parteilosen zusammengestellt. Es gab deren am Jahresende 1928 393. Das Kartellwesen scheint indessen noch vieles zu wünschen übrig zu lassen. Denn auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften über den wir nächstens ausführlich zu berichten hoffen) wurde sehr lebhaft Klage geführt und Vorschläge zur Verbesserung gemacht.

## Das Auslandskapital in der deutschen Industrie

Das Auslandskapital beschäftigt sich in Deutschland in mannigfaltiger Form. Neben langfristigen und kurzfristigen Anleihen spielt der Auslandsbesitz an Grundstücken, die die Ausländer während der Inflationszeit erworben, trotz umfangreicher Rückkäufe in den letzten Jahren eine große Rolle. Das Statistische Reichsamt schätzt den Wert der im ausländischen Besitz befindlichen Häuser im Jahre 1928 auf 4 Milliarden Mark und die Miets-Einkommen der Besitzer auf mindestens 180 Millionen Mark. Ausländische Kapitalbesitzer kaufen dann zu Anlage- oder Spekulationszwecken Aktien deutscher Unternehmungen; seit der außerordentlichen Verbreitung der sogenannten Anlagegesellschaften (Investment Trusts) im Ausland nahmen diese Aktienkäufe stark zu. Das Statistische Reichsamt schätzt den Verlauf von deutschen Aktien an das Ausland im Jahre 1928 auf 2,8 Milliarden Mark, denen allerdings deutsche Effektenkäufe im Ausland in Höhe von 1,9 Milliarden Mark gegenüberstehen.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist die Beteiligung des Auslandes an inländischen Unternehmen. Diese Form der Kapitaleinfuhr gewinnt stark an Bedeutung gegenüber anderen Arten ausländischer Kapitalzufuhr. Die Beteiligungen des Auslandskapitals an deutschen Unternehmen stehen im Dienste der Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft, die angesichts ihres großen Kapitalbedarfs die Mitwirkung des Auslandes nicht entbehren kann. Andererseits können jene Beteiligungen die deutsche Produktion und den Verbrauch stark beeinflussen, sie je nach ihrer Beschaffenheit fördern oder hemmen. Die wichtigsten Beteiligungen des Auslandes an der deutschen Industrie sind nach einer Darstellung von Dr. Köhner-Frankfurt die folgenden:

Nachdem vollständig aufgekauft wurde vom Auslandskapital die Buntglasindustrie, wo der Schwedentrust, und die Margarineindustrie, wo die holländisch-englische Margarine Unie die deutsche Produktion beherrschen. Ähnliche Überfremdungen liegen in der Kugellager-, Glas- und Schloßindustrie vor. In der Schokoladenindustrie, wo vor längerer Zeit die Reichardt-Gesellschaft an die mit der Margarine Unie vereinigte tschechische Schicht-Gruppe überging, erfolgte kürzlich der Übergang der bisher in deutsch-schwedischem Besitz stehenden Carotti AG. und der Schokoladenwerke Otto und Quanz an den schweizerischen Nestlé-Kongern. In der Automobilindustrie begann die Beteiligung des Auslandes zuerst mit der Errichtung von Montagewerkstätten durch eine Anzahl von ausländischen Großbetrieben: General Motors, Ford, Chrysler, Citroen usw. Dem folgte der Übergang der Automobilfabrikation der Reda r u l m e r F a b r i k an die italienische Fiat-Gesellschaft, die Beteiligung der amerikanischen Amfi-Werke an den Adlerwerken, endlich der Erwerb der Opelwerke durch den größten Automobilkonzern der Welt, die General Motors-Gesellschaft. Im fremden Besitz befindet sich die deutsche Grammophonindustrie, wo die Nechseiten der Lindström-Gesellschaft bei dem englischen Columbia-Kongern, der Polphonwerke bei der amerikanischen Brunswick-Gesellschaft liegen, während die deutsche Elektro-Gesellschaft eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Radio-Corporation ist.

In der Glühlampenindustrie erwarb sich der amerikanische Konzern General Electric-Gesellschaft eine 16prozentige Beteiligung an der deutschen Osram-Gesellschaft, die die größte Absatzquote in dem Weltglühlampenmarkt besitzt. Die Osram-Gesellschaft verzichtete dann gegen eine Verstärkung ihres mittel- und osteuropäischen Absatzes auf einen Weltbewerbs mit der General Electric auf dem südamerikanischen Markt. Dieselbe General Electric-Gesellschaft besitzt jetzt eine 30prozentige Beteiligung an der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) und wurde der einzige Großaktionär des mächtigen deutschen Elektrizitätskonzerns. In der Kunstseidenindustrie erfolgte durch die Verschmelzung des Stanaff-Ringens mit der holländischen „Enta“ und die Verlegung des Sitzes der neuen Gesellschaft „A.G. Kunstseiden-Union“ nach Holland ein Vordringen des Auslandskapitals. An der von der I.G. Farbenindustrie beherrschten Deutschen Gasolin AG. sind die beiden Weltkongerne Standard Oil und Shell beteiligt. In der Papierindustrie führte der Zusammenbruch des Stinnes-Kongerns zum Erwerb der Roholte-AG. durch den englischen Inverest-Kongern. Auch der Stinnes'sche Bergwerksbesitz wurde überfremdet. Ermöglicht seien hier die Betriebsorganisation des tschechischen Schußfabrikanten Bata, der auch eigene Produktionsstätten in Deutschland zu gründen beabsichtigt, und im Warenhaushandel das Vordringen der amerikanischen Woolworth-Geschäfte.

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England

Von der Regierung der englischen Arbeiterpartei wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen. Die wichtigsten Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind zweifellos die wirtschaftspolitischen: jene Maßnahmen auf dem Gebiete der Industrie, Kredit- und Handelspolitik, die der Bekämpfung der inneren Wirtschaft und der Erleichterung der Absatzgebiete dienen. Außer diesen Maßnahmen wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von mehreren Seiten in Angriff genommen: Reform der Arbeitslosenversicherung, werkschaffende Erwerbslosgen-fürsorge und Förderung der Auswanderung sollen für diesen Zweck zusammenwirken.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung wird erst vorbereitet; der neue Gesetzesentwurf wurde noch nicht veröffentlicht. Angekündigt wurde die Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, gleichzeitig die Herabsetzung des versicherungspflichtigen Alters für Jugendliche auf 15 Jahre. Einfiweilen wurde die Lage der „Ausgezeichneten“ durch Antitrustgesetze, vor allem dieser Schicht Arbeit zu verschaffen und sie für andere Berufe umzuformen, erleichtert. Die beherrschende Nachfrage bei der Prüfung, ob der Arbeitslose wirklich „arbeitswillig“ ist, sollen abgeschafft werden. Die Verteilung des Staates an den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung wurde auf Grund eines neuen Gesetzes erhöht. Für die wertvolle neue Erwerbslosgen-fürsorge wurden 20 Millionen Mark bewilligt für die Förderung der Ausfuhr nach dem britischen Reich, 500 Millionen Mark sollen im Laufe von drei Jahren als Darlehen an Gemeinden oder als staatliche Kreditgarantien an Versorgungsanstalten im Privatbesitz gewährt werden für Ausführung von politischen Arbeiten, zum Bau von Straßen, Brücken, Dämmen usw. Die Gemeinden müssen ihre Vorschläge unterbreiten und die Minister drängen darauf, daß die Bewilligungen rasch und voll in Anspruch genommen werden, damit auf diese Weise 150 000 Arbeiter bald Beschäftigung finden. Das Wohnbauprogramm ist noch nicht fertig; vorläufig wurde nur der von der konservativen Regierung angeordnete „56 a“ der staatlichen Unterstützung verhindert, was bereits die Steigerung der Wohnbautätigkeit zur Folge hatte. Zur Erleichterung der Auswanderung wird ein großzügiger Plan entworfen: 20 000 Familien sollen nach Kanada abgeschickt werden, wo ihnen in Britisch-Kolumbien ein Gebiet von 20 Millionen Acker angeschafft werden soll. Die Kosten der Siedlung mit Ausbau der Verkehrswege und der Eisenbahnen dürften sich auf 800 Millionen Mark belaufen.

## Ein Aufsichtsratsmitglied 600 000 Mark

Der größte deutsche Kunstseidenkonzern, die Vereinigte Glasnostfabriken AG., ist bekanntlich in eine holländische Spinnengesellschaft umgewandelt worden. Diese gibt jetzt ihre Satzungen bekannt. Aus diesen ist zu ersehen, daß für den 30 vH des über 6 vH hinausgehenden Nettogewinns als Lantime an Vorstand und Aufsichtsrat zu verteilen sind. Bei Glasnostoff kamen in den letzten Jahren 18 vH Dividende zur Verteilung. Wird dieser Satz auch bei der neuen Gesellschaft beibehalten, dann erhält ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied des neuen Glanzstoffes über 600 000 M. Bisher mußte man sich mit „nur“ 180 000 M. begnügen. Dafür müssen die Proleten der Kunstseidenindustrie nun schaffen!

